

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 23. Sitzung des Einwohnerrats Allschwil (Amtsperiode 2024-2028)

---

Sitzungsdatum: 15. April 2026  
Sitzungsort: Saal Schule Gartenhof, Lettenweg 32, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 22.25 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Mehmet Can, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Franz Vogt, Präsident  
Andreas Bammatter  
Biljana Grasarevic  
Philippe Hofmann  
Christoph Morat  
Silvia Stucki  
Robert Vogt

Gemeindeverwaltung: Patrick Dill, Leiter Gemeindeverwaltung  
Jonas Stettler, Jurist  
Mirjam Glarner, Volontärin

Anwesend: Mark Aellen, René Amstutz, Kornel Bay, Lea Blattner, Lea Butscher, Melanie Butz, Mehmet Can, Tatjana Despotovic, Matthieu Dobler Paganoni, Flavio Fehr, Noëmi Feitsma, Matthias Häuptli, Martin Imoberdorf, Nico Jonasch, Christian Jucker, Ueli Keller, Hanna Kirchhofer, Patrick Kneubühler, Niklaus Morat, Nicole Morellini, Laura Neuhaus, Anja Oser, Urs Poživil, Corinne Probst, Philipp Reck, Alfred Rellstab, Lucca Schulz, Louis Seifried, Tim Söllick, Romina Stefanizzi, Iracema Tirant, Henry Vogt, Jörg Waldner, Stephan Wolf

Entschuldigt: Dominik Baumgartner, Astrid Kaiser, Florian Spiegel, Tobias Stöcklin, Simon Trinkler, Olivier Waldner

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr 31 Anwesende = 21  
18.10 Uhr 32 Anwesende = 22  
18.15 Uhr 33 Anwesende = 22  
18.20 Uhr 34 Anwesende = 23  
20.40 Uhr 35 Anwesende = 24  
21.00 Uhr 34 Anwesende = 23

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitglieds in den **Schulrat der Primarstufe**, anstelle des zurückgetretenen Martin Imoberdorf, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.7.2028) Geschäft 4817
2. Wahl eines Ersatzmitglieds in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle des zurückgetretenen René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Christian Jucker Geschäft 4823
3. Wahl eines Mitglieds in die **Geschäftsprüfungskommission**, anstelle der zurückgetretenen Anne-Sophie Metz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: René Amstutz Geschäft 4818
4. Wahl eines Mitglieds in die **Kommission für Bauwesen und Umwelt**, anstelle des zurückgetretenen Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Nicole Morellini Geschäft 4824
5. Wahl eines Ersatzmitglieds in die **Kommission für Kultur und Soziales**, anstelle des zurückgetretenen Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Nicole Morellini Geschäft 4825
6. Wahl eines Mitglieds in die **Kommission für Kultur und Soziales**, anstelle der zurückgetretenen Hanna Kirchhofer, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Simon Trinkler Geschäft 4826
7. Bericht des Gemeinderats vom 20.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 14.1.2026, betreffend **Quartierplan Weiherweg**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4795 / A
8. Bericht des Gemeinderats vom 19.3.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.12.2025, betreffend **Teilzonenplan und Teilzonenvorschriften Binningerstrasse - Teilzonenplan, Teilzonenreglement sowie Mutation Baulinien**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4773 / A
9. Motion von Florian Spiegel, SVP-Fraktion, Urs Poživil, FDP-Fraktion und Stephan Wolf, Die Mitte-Fraktion, vom 5.11.2025, betreffend **Konsultativabstimmung/Umfrage**  
Antrag des Gemeinderats: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Andreas Bammatter Geschäft 4810
10. Bericht des Gemeinderats vom 12.2.2025, sowie Bericht der Kommission für Sicherheit und Dienste, vom 7.10.2025 und 19.3.2026, betreffend **Teilrevision des Reglements zur Parkraumbewirtschaftung und Beantwortung Motion von Matthias Häuptli, GLP, und Urs Poživil, FDP, betreffend Parkkarten für Allschwiler Unternehmen**, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4181C / D / E  
Geschäft 4678A / B / C
11. Bericht des Gemeinderats vom 21.5.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.9.2025 und 28.1.2026, betreffend **Abstellplatzreglement**, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4777 / A / B

12. Motion von Fredy Rellstab, SVP-Fraktion und Corinne Probst-Gadola, die Mitte-Fraktion, vom 4.11.2025, betreffend  
**Einbau von neuen, selbstreinigenden WC-Anlagen in das bestehende Tramhaus am Lindenplatz 8 in Allschwil**  
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme und Abschreibung  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4809
  
13. Bericht des Gemeinderats vom 11.2.2026, zum Postulat von René Amstutz, Sandro Felice und Anne-Sophie Metz, Grüne, vom 11.6.2024, betreffend **smarte Strassenbeleuchtung für Allschwil**  
Geschäftsvertretung: GR Biljana Grasarevic Geschäft 4738 / A
  
14. Interpellation von Nico Jonasch, FDP-Fraktion, vom 15.10.2025, betreffend **Gefährliche Parkplatzsituation in der Ochsen-gasse**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4805 / A
  
15. Interpellation von Noëmi Feitsma-Wirz, SP-Fraktion, vom 18.6.2025, betreffend **Schulsozialdienst auf der Primarstufe (SSA)**  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4792 / A
  
16. Interpellation von Christian Jucker, GLP, vom 25.11.2025, betreffend **Rückforderung rechtmässig geleisteter Zusatzbeiträge**  
Geschäftsvertretung: GR Philippe Hofmann Geschäft 4811 / A
  
17. Postulat von Matthieu Dobler Paganoni und Mehmet Can, SP, vom 25.11.2025, betreffend **Einführungstag für neugewählte Einwohner:innen**  
Antrag des Gemeinderats: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt Geschäft 4812

**Nach der Pause:**

- Info des Gemeinderats
  - Fragestunde
- 

**Für das Protokoll:**

Christine Rüeggsegger / Nicole Müller, Sachbearbeiterin Einwohnerratssekretariat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 22 vom 15. April 2026**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Mehmet Can

---

## Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

### [Entschuldigungen / Präsenz siehe Protokolleingang]

**Mehmet Can**, Präsident: Geschätzte Damen und Herren, liebes Publikum, liebe Pressevertreter. Ich heisse Sie zur heutigen Sitzung vom 15. April willkommen. Entschuldigt haben sich heute Abend Florian Spiegel, Astrid Kaiser und Dominik Baumgartner. Momentan verspätet ist Philipp Reck. Und Nico Jonasch kommt auch später – [*Stimmen im Hintergrund*] aha, Tobias Stöcklin, genau, Entschuldigung. Ich bitte Jonas Stettler, kurz die Präsenzkontrolle durchzuführen. Besten Dank.

Ich bitte Sie, nach der Sitzung den Saal zügig zu verlassen. Selbstverständlich kann man im Foyer noch weiterdiskutieren, damit er auch kurz aufgeräumt wird.

**Dringliche Interpellationen** liegen gegenwärtig **keine** vor. Ebenfalls **keine dringlichen Postulate** oder **Motionen**.

Wir haben drei **neue Vorstösse** erhalten. Einmal betrifft es das

- Geschäft **4830** von Christian Jucker, **Einsatz von künstlicher Intelligenz in der Gemeindeverwaltung**

Wir haben einen weiteren Vorstoss. Es betrifft das

- Geschäft **4831**, ebenfalls eine Interpellation von Matthieu Dobler Paganoni der SP-Fraktion, betreffend **häusliche Gewalt, Früherkennung und Unterstützung** in Allschwil.

Zudem haben wir noch ein Postulat, betreffend

- Geschäft **4832**, ebenfalls von Matthieu Dobler Paganoni der SP-Fraktion, betreffend **regelmässige Bevölkerungsumfrage**.

Die **Traktandenliste** wurde rechtzeitig zugestellt. Ich frage sogleich: Sind allfällige Änderungsanträge vorhanden? Herr Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Wir möchten das Traktandum 1, die Wahl des Mitglieds in den Schulrat der Primarstufe, gerne absetzen. Wir möchten, dies haben wir in der gemeinsamen Diskussion herausgefunden, beide noch ausstehenden Sitze gemeinsam besetzen, denn in der aktuellen Konstellation haben wir etwas, was nicht vorgesehen ist. Dadurch, dass die SP das ad Interim-Präsidium hat und insgesamt drei Sitze, und wir sechs Personen im Schulrat haben, kann eine Partei allein die ganze Entscheidungsfindung im Schulrat durchführen. Wir möchten deshalb dieses Wahlgeschäft um eine Sitzung verschieben, bis wir dann den Schulrat hoffentlich wieder komplettiert haben, und dann wiederum eine Vertretung haben, so wie es vom Volk vorgesehen ist. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich habe eben erst kürzlich davon erfahren. Man hätte schon länger auf die Idee kommen können, dass es der Fall sein wird. Insofern finde ich es ein wenig störend. Zweitens kann man sagen: Wenn der Schulrat ..., wenn manchmal jemand ..., also die SP hat drei Sitze, das können sie nicht verhindern, das ist nun mal durch das Wahlergebnis so. Respektive dadurch, dass eine Gemeinderatsdelegation unserer Partei angehört, aber diese die Weisungen des Gemeinderats befolgt, in welchem nicht vier von der SP sind, sondern es sind eigene Konstellationen. Insofern halte ich es für schwierig. Sogar wenn sie mal im Schulrat eine Situation haben, dass nur sechs Leute dabei sind, oder fünf, was offenbar auch vorkommt, wären es unsere zwei gewählten Mitglieder plus noch das Gemeinderats-Delegationsmitglied, welches auch in unserer Partei ist, dann würde auch eine Partei entscheiden können. Ich empfinde es als etwas müssig. Klar, wenn sie es machen, dann machen sie es, aber sicher nicht mit unseren Stimmen.

Nachdem man nun der SP auch ein wenig zu Recht Druck machte, dass man jemanden nachnominiert, nun nach langem Prozess jemanden gefunden hat, der sich dazu bereit erklärt, der auch definitiv

die Qualitäten hätte, jetzt aber das Geschäft abzusetzen, finde ich eigentlich der Sache unwürdig. Ich würde Ihnen doch empfehlen, dass Sie diesen Kurzschluss nicht machen, sondern dass man es geregelt weiterführt. Wir haben keine so grosse Strategie, dass wir nun sagen würden, wir regieren nun im Schulrat während der nächsten Monate, bis dann wieder jemand ordentlich gewählt wird. Ich glaube, davor müssen Sie auch keine Angst haben. Ich glaube, wir können mit gutem Gewissen das Traktandum stehen lassen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Herr Kornel Bay!

**Kornel Bay**, SP-Fraktion: Ich bin Schulratspräsident der Primarschule ad interim, d. h. bis im August. Ich habe in der gestrigen Sitzung alle Bürgerlichen sehr eindringlich gefragt, ob sie das Vizepräsidium übernehmen wollen. Alle haben dankend abgelehnt, hatten kein Interesse, sodass wir keine andere Möglichkeit hatten, als Silvia noch zu fragen. Wenn die Leute der bürgerlichen Parteien im Schulrat weder Präsident noch Vizepräsident werden wollen, ist das nicht unser Problem. Ich finde, wir sollten diese Wahl ganz normal vornehmen. Fertig.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend würde ich sagen, wir stimmen ab. Herr Jucker, bitte korrigieren Sie mich kurz: Sie möchten, dass wir dieses Geschäft auf das nächste Mal verschieben. Ist das korrekt?

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, also technisch kann ich nur den Antrag stellen, es von der Traktandenliste zu nehmen. Der Wunsch dahinter ist, dass wir es nächstes Mal durchführen, aber technisch können wir es einfach nur von der jetzigen Traktandenliste nehmen.

**Mehmet Can**, Präsident: Also, Sie stellen den **Antrag**, es **von der Traktandenliste abzusetzen**. Entsprechend bitte ich um Abstimmung. Wer diesem Vorschlag oder Antrag von Christian Jucker folgen will, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://**:

Sie haben diesen **Antrag** mit 14 Ja, 15 Nein und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Somit kommen wir gleich zu unserem ersten Wahlvorschlag. – Entschuldigung, Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: [*im Hintergrund*]

**Mehmet Can**, Präsident: Wir haben 15 Nein, 14 Ja. – Weshalb? [*Stimmen im Hintergrund*]  
Also wiederholen wir es doch, bitte. Wer für den Antrag ist ... also, nein, nein ...  
Stellen wir doch die Frage konkreter:

Wer dafür ist, dass der Antrag gestrichen wird, also dass das Traktandum gestrichen wird – Entschuldigung, das ist korrekt. Also, wer dafür ist, dass das Traktandum gestrichen wird, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmenzählerinnen bitte zu mir!  
Jetzt sieht es ein wenig anders aus:

**://**:

Sie haben mit 20 Ja, 13 Nein und 0 Enthaltungen dem **Antrag stattgegeben**.  
Traktandum 1 wird also gestrichen.

Ich komme sogleich zur nächsten Frage: Gibt es noch weitere **Änderungswünsche**? Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Ich greife zu einem sehr unüblichen Mittel, um meinen Unwillen auszudrücken. Und zwar ist dieser Unwille nicht nur durch diesen Entscheid begründet, der eben gerade gefallen ist, sondern auch durch das, was in den vergangenen Sitzungen vorgefallen ist. Ich stelle fest, dass der Rat immer mehr auf private Interessen abstützt. Dass dem Rat immer mehr deutlich wird, dass einzelnen Parteien nicht getraut werden kann. Ich erwähne es absichtlich neutral: Es ist nicht eine gegen die anderen, es sind alle gegeneinander. Dies führte dazu, dass wir in der letzten Sitzung fanden, wir brechen ab. Dies ist nun auch das, was ich hier mache. Ich demonstriere nun, was für ein unsäglicher Zustand es ist, indem ich sage:

Ich **beantrage Abbruch der Sitzung**, weil ausgedrückt wird, dass man mit uns nicht zusammenarbeiten kann, weil man uns separat für ein paar Wochen im Schulrat hat, und deshalb Entscheidungen gefällt werden könnten, die eine so grosse Tragweite haben, dass es nicht tolerierbar ist. Das war der Ausdruck dieses Antrags – das war der Ausdruck dieses Antrags!

Ich nehme ihn nicht persönlich. Wenn ich ihn persönlich nehmen würde, würde ich nun an die Medien gelangen, einen Zeitungsartikel schreiben und darin loswettern. Worum es mir geht, ist der Ton, den man hier gegeneinander hat. Wir sollten auf der fachlichen Seite bleiben und nicht beginnen, auf der persönlichen Seite zu argumentieren. Persönliche Verletzungen geschehen, und die sollte man im äusseren Umfeld austragen, und nicht hier. Hier nützt es nichts. Hier müssen wir über die Sache diskutieren. Es ist mir klar, dass mein Antrag hier als Scheinantrag empfunden wird, und es ist für mich die einzige Möglichkeit, dass ich hier einen Ausdruck gebe. Es ist mir wichtig, dies zum Ausdruck zu bringen. Wenn wir weiterhin auf diese Art geschäftet, werden solche Anträge mehr und mehr kommen, weil man einfach sieht, dass man dieses Mittel dazu benutzen kann, um auf sich aufmerksam zu machen. Dies würde ich wirklich gerne unterbinden. Sonst habe ich ein Problem, in diesem Rat weiterzuarbeiten. Danke schön. Also, der **Antrag ist Abbruch der Sitzung**.

**Mehmet Can**, Präsident: Gibt es Wortmeldungen? Herr Ueli Keller!

**Ueli Keller**, parteilos: Lieber, geschätzter Mark, geschätzte Anwesende. Ich verstehe deinen Unmut sehr gut. Ich bin aber mit diesem Antrag nicht einverstanden. Denn wir können uns nicht eine völlige Handlungsunfähigkeit leisten.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. – Herr Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Just eine Replik. Genau das ist mein Punkt. Wir können uns keine Handlungsunfähigkeiten leisten, deshalb sollten wir aufhören, solche Mittel einzusetzen, wenn sie nicht appropriati sind. Letztes Mal kam es durch, man hat die Sitzung abgebrochen. Das geht einfach nicht.

**Mehmet Can**, Präsident: Gut, ich sehe keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend kommen wir zu diesem Antrag. Ich frage in diesem Fall: Wer dem Antrag von Mark Aellen folgen will, soll jetzt bitte abstimmen. Und zwar war der **Antrag auf Abbruch der Sitzung**. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

**:::**

Sie haben diesen **Antrag** mit 22 Nein-Stimmen, 3 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen **abgelehnt**.

Wir sind immer noch bei der **Bereinigung der Traktandenliste**. – Entschuldigung, Herr Urs Poživil!

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es geht mir um das **Traktandum 11**, um das Abstellplatzreglement. Wir würden es gerne **von der Traktandenliste nehmen**, und zwar aus dem folgenden Grund: Wir haben bekanntlich beim Traktandum an der Binningerstrasse einen Ergänzungsantrag, bei dem es eigentlich darum geht, dass man alle Quartierpläne und auch das Abstellplatzreglement zurückstellt, weil wir eigentlich zuerst Klarheit über das Tram und über den Antrag der KBU haben müssen. Folglich ergibt es keinen Sinn, wenn das Abstellplatzreglement auf der Traktandenliste steht, da wir wahrscheinlich auch bei der Binningerstrasse dazu kommen. Falls wir nun dort dem Entscheid, diesem Antrag zustimmen würden, hätte man natürlich noch etwas auf der Traktandenliste, was sich womöglich beissen würde. Deshalb denken wir, dass es zielführend ist, dass man dieses Traktandum von der Traktandenliste nimmt.

**Mehmet Can**, Präsident: Weitere Wortmeldungen? Keine! So stellen wir fest, dass die Traktandenliste ... Entschuldigung, wir stimmen jetzt zu Punkt ab. Wer dafür ist, dass **Traktandum 11**, und zwar Geschäft 4777 A/B, **von der Traktandenliste weggenommen** wird, soll bitte jetzt abstimmen! Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählende bitte zu mir.

**:::**

Sie haben diesen **Antrag** mit 18 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen **angenommen**. Entsprechend nehmen wir es von der Liste.

**Mehmet Can**, Präsident: Gibt es weitere Wortmeldungen zur Traktandenliste? Keine! Somit stelle ich fest, dass die **Traktandenliste** in dieser Form angenommen wurde.

Wir kommen zu unserem ersten Geschäft. Und zwar ist das Geschäft 4817, Wahl ... Entschuldigung! Es ist das zweite; das erste ist durch, tut mir leid.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Wahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle des zurückgetretenen René Amstutz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Christian Jucker , Geschäft 4823

---

**Mehmet Can**, Präsident: Liegen allfällig andere Nominationen vor? Nein! Ist stille Wahl bestritten? Auch nicht. Somit wurde Christian Jucker gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Wahl eines Mitglieds in die Geschäftsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Anne-Sophie Metz, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: René Amstutz, Geschäft 4818

---

**Mehmet Can**, Präsident: Liegen allfällige Nominationen vor? Ist stille Wahl bestritten? Auch nicht. Somit ist René Amstutz gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Bauwesen und Umwelt, anstelle des zurückgetretenen Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Nicole Morellini, Geschäft 4824

---

**Mehmet Can**, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Ist stille Wahl bestritten? Auch nicht. Somit ist Nicole Morellini gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5**

Wahl eines Ersatzmitglieds in die Kommission für Kultur und Soziales, anstelle des zurückgetretenen Simon Trinkler, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Nicole Morellini, Geschäft 4825

---

**Mehmet Can**, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Ist stille Wahl bestritten? Somit ist Nicole Morellini in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Kultur und Soziales, anstelle der zurückgetretenen Hanna Kirchhofer, EVP/GLP/Grüne-Fraktion, für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.6.2028)  
Wahlvorschlag: Simon Trinkler, Geschäft 4826

---

**Mehmet Can**, Präsident: Liegen weitere Nominationen vor? Ist stille Wahl bestritten? Somit ist Simon Trinkler in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 7**

Bericht des Gemeinderats vom 20.8.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 14.1.2026, betreffend Quartierplan Weiherweg, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4795 / A

---

**Mehmet Can**, Präsident: Ich frage den Rat an: Liegen allfällige, neue Aspekte vor? Nein? Oder Herr Lucca Schulz? Ah, so. In diesem Fall gehen wir direkt zur **2. Lesung des Quartierplanreglements und Quartierplans**. Ich möchte den 2. Vizepräsidenten bitten, durch das Reglement, und den 1. Vizepräsidenten, Tim Söllick, durch die Diskussion zu führen.

ERLASS Seite 1

keine Wortmeldung

1. Ziele und Geltungsbereich Seite 2

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz, bitte!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Wenn man nun vielleicht meinen ersten Antrag auflegen könnte ..., genau. Sehr geehrte Damen und Herren. Wie Sie mitbekommen haben, respektive wie wir an der letzten Sitzung bereits angekündigt haben, werden wir von der SP-Fraktion den Antrag zu diesem Quartierplanreglement stellen. Uns geht es darum, und dies ist die Verbindung zum **ersten Antrag**, dass man den Quartierplan nicht nur danach beurteilt, ob die Auslastungsziffer grösser oder kleiner wird, oder wie ökologische Aspekte berücksichtigt werden, sondern dass auch **preisgünstiger und familienfreundlicher Wohnraum** in Allschwil **garantiert werden muss**. Es bezieht sich hauptsächlich auf die Mietkosten.

Ich möchte ein paar Zahlen vorlesen. Herr Präsident, Sie werden es mir verzeihen, denn es gibt einen Zusammenhang zum Antrag. In Allschwil muss man wegen der Mietkosten, oder wie überall, zwischen den Bestands- und Anfangsmieten unterscheiden. Auch wenn es für die aktuelle Periode keine offiziellen Zahlen gibt, gibt es ab 2019 für die vergangene Periode doch Zahlen, wie hoch die **Bestandsmieten** sind. Sie können dies unter Statistik Basel-Landschaft nachschauen. Für eine 3-Zimmerwohnung 1190 netto, für eine 4-Zimmerwohnung 1668 netto. Wichtig ist «netto» und wichtig «Periode 2015 bis 2019». D. h., Sie können dort aufgrund der Teuerung gut und gerne 5 bis 10 % hinzunehmen. Ich bitte Sie auch zu berücksichtigen, dass es eben netto ist, also ohne Nebenkosten.

**Anfangsmieten** sind schwierig herauszufinden, weil es dazu keine Statistik gibt. Nachforschungen von mir haben ergeben, auf den entsprechenden Plattformen, dass es nicht gerade ein rosiges Angebot gibt. 2- und 2½-Zimmerwohnungen habe ich gesehen zwischen 1295 und 1960, und 3- und 3½-Zimmerwohnungen zwischen 1400 und 3200.

Wie sieht es aber beim Weiherweg aus? Dort waren nun tatsächlich zum Zeitpunkt, als ich geschaut habe, zwei Wohnungen ausgeschrieben. Einmal eine 3½-Zimmerwohnung für 1480 und einmal eine 4½-Zimmerwohnung für 1790. Was man festhalten kann oder was jetzt durch diese Zahlen

untermauert wird, ist eigentlich die Tatsache, dass es im Weiherweg günstigen Wohnraum gibt, und Wohnraum in Allschwil teuer ist. Wenn man sich an die Vorgaben der Budgetberatung und der Organisationen hält, dann sollte der Bruttomietzins nicht mehr als ein Drittel des Nettoeinkommens ausmachen. Das bedeutet, um sich in Allschwil komfortabel eine 2½-Zimmerwohnung leisten zu können, benötigt man deutlich über 4000 netto. Für mich oder auch für die SP-Fraktion ist dies ein Punkt, zu welchem die Politik aktiv werden muss. Denn es ist auch nicht ohne Grund, weshalb der grösste Teil der Bevölkerung die Mietkosten oder steigenden Mietkosten als ein bedeutungsvolles Anliegen betrachtet. Ausserdem nicht, als dass es ständig von den Massenmedien kolportiert wird, sondern weil man es einfach im Portemonnaie merkt.

Deshalb – ich schliesse den Kreis – kommen wir zum Antrag. Wir wollen, dass in diesem Quartierplan auch berücksichtigt wird, dass preisgünstiger Wohnraum geschaffen wird. In diesem Artikel geht es nun vor allem um die Zielsetzung. Die konkreten Anträge (es gibt drei Vorschläge) werden nachher beim Art. 6a kommen. Und diese habe ich Ihnen zuvor auch bereits zukommen lassen. Uns ist es wichtig, dass es verankert wird. Überdies ist es auch gesetzlich so vorgesehen. Laut des Raumplanungsgesetzes ist ein Ziel eines Quartierplans genau auch das, was wir vorschlagen. Deshalb bitte ich um Ihre Unterstützung. Besten Dank.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Die KBU war sich bei der Beratung dieses QP durchaus bewusst, dass mit diesem Neubauprojekt kostengünstiger Wohnraum, alter, sanierungsbedürftiger Wohnraum, durch nicht mehr so günstigen ersetzt wird. Dies wurde thematisiert. Es wurden keine konkreten Anträge dazu gestellt. Es ist daher etwas unglücklich, dass das Anliegen jetzt auftaucht, weil man vielleicht in der ganzen Projektentwicklung zu einem verspäteten Zeitpunkt kommt. Grundsätzlich muss man, wenn das Ziel ist, kostengünstigen Wohnraum zu schaffen, dies dann, wenn man das ganze Projekt startet, bereits wissen, denn dann plant man anders, als wenn es für andere Segmente ist. Dieses Projekt ist weit fortgeschritten. Deshalb ist es eigentlich ziemlich fragwürdig, wenn man es jetzt noch einbringen will. Es stellt sich die Frage, ob es für den Investor gewissermassen ein Neustart bedeutet. Es sind aber auch Fragen, die wir gar nicht abklären konnten, denn sie lagen keineswegs auf dem Tisch, weil gar keine solchen Anträge gestellt wurden.

Grundsätzlich muss man natürlich sagen: Es liegt in der Natur der Sache, dass ein Neubauprojekt, bei welchem bestehender Wohnraum abgerissen wird, nun mal dann zu hochpreisigem Wohnraum führt. Das liegt in der Natur der Sache. Es folgt auch aus dem Mietrecht, welches verlangt, dass Mietzinsen in laufenden Mietverhältnissen nur beschränkt erhöht werden können. Dies führt zwangsläufig dazu, dass Neumieten und Einstiegsmietzinsen höher sind als jene von Wohnungen, die bereits lange an eine Mietpartei vermietet sind. Das ist so. Das ist ein Turnus. Wir benötigen aber auch eine gewisse Erneuerung des Bestands, die braucht es. Man kann nicht immer einfach nur sagen, das führt auf diesem betreffenden Objekt zu höheren Mietzinsen, ansonsten blockiert man eigentlich die Entwicklung von Wohnraum.

Der Fokus in diesem Projekt lag natürlich auch darauf, dass man eine ökologisch hochwertige Lösung findet. Deshalb halte ich es jetzt nicht für zielführend, wenn man dieses Anliegen nun hier zu diesem späten Zeitpunkt einbringt. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Geschätzte Ratsmitglieder. Wir beweisen ein weiteres Mal, dass der Rat nicht fähig ist, Sachen rechtzeitig zu erledigen. D. h. aber nicht, dass man es nicht trotzdem machen sollte. Wenn man die Erkenntnis gewonnen hat, dass man für etwas einstehen will, dann sollte man dafür einstehen, wenn man kann, und nicht warten, bis es von allein geschieht. Wir haben Restriktionen für Quartierpläne schon öfters besprochen, auch im Umfeld von altersgerechtem Wohnen. Das haben wir auch eingeführt, das haben wir auch durchgedrückt, das hat auch Konsequenzen für den Investor. Wir haben es trotzdem gemacht. Da haben wir das Anliegen, dass wir etwas, was wir eigentlich lange predigen, dass man für den Wohnraum sorgen muss, in der Sitzung verpasst haben. À la bonheur, ist geschehen. Trotzdem kommt es als gerechtfertigtes Anliegen, welches man berücksichtigen sollte. Wenn dies nun als verzögert im Prozess empfunden wird ... – wir vom Einwohnerrat haben schon sehr spät im Prozess grundlegende Entscheidungen umgestossen. Erst kürzlich haben wir es z. B. mit der Auslagerung der Steuern gemacht. Es nun einfach zu nehmen als «Nein, wir machen nun nichts, weil ...», ist kein Argument. Das Argument muss sein: Wir müssen es uns nicht leisten, weil es in Allschwil genügend Wohnraum gibt, der billig ist. Oder: Wir wollen in Allschwil ohnehin keine Leute,

die nur billige Wohnungen haben können. Solche Gründe könnten ziehen. Aber nicht einfach nur: Es ist zu spät im Projekt. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Simon Trinkler!

**Simon Trinkler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Die EVP/GLP/Grüne-Fraktion lehnt diesen Antrag mehrheitlich ab. Und zwar aus dem Grund, dass es immer einen Verhandlungsspielraum zwischen dem Investor und der Gemeinde gibt. Wir legten dort, wie es Matthias Häuptli erwähnte, auch in der Kommission mehrheitlich, das Augenmerk auf den ökologischen Aspekt dieses Projekts. Dabei ist das Projekt relativ mustergültig, also ein wunderbares Projekt. Wir finden, in diesem Moment ist das ausreichend. Eben, dies ist mehrheitlich unsere Meinung. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte, liebe Zuhörer\*innen. Auch der Gemeinderat findet, dass es nun halt zu einem so späten Zeitpunkt unverhältnismässig wäre, es noch einzubringen. Es wurde bereits erwähnt: Günstige Wohnungen hätten auch andere Grundrisse. Es würden auch andere Grundrisse bedingen. Es ist also nicht so, dass da teurer Wohnraum entstehen soll. Sondern: Der Investor sagt klar, er will Wohnungen im unteren, mittleren Preissegment erstellen, die auch für den Mittelstand attraktiv sind. Was auch noch dazu zu sagen ist: Der Gemeinderat beschloss in der Immobilienstrategie, dass er den Bereich BRU beauftragt, eine Mehrjahresplanung betreffend für Familien tragbare Wohnungen auszuarbeiten. Die Immobilienstrategie wird dem Einwohnerrat noch vor den Sommerferien zur Kenntnis gebracht. Damit wäre man natürlich auch rechtzeitig für zukünftige Quartierpläne.

Vielleicht noch ein kleines Ding am Rande: Ich weiss auch nicht ... diese Mietpreise vom Weiherweg ... Ja, ich meinte, die sind jetzt halt für einen begrenzten Zeitraum ausgeschrieben. Ich kann mir vorstellen, dass es auch eine gewisse Auswirkung auf den Mietzins hat.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und Ratskollegen. Wir von der Mitte-Fraktion haben uns auch mit diesem Antrag auseinandergesetzt, gänzlich unabhängig davon, ob er zu spät eingereicht wurde oder nicht, dies war für uns nicht ausschlaggebend. Deshalb gehe ich auch mit Mark Aellen einig. Wir lehnen aber den Antrag ab. Und zwar auch mit der Begründung, dass wir davon ausgehen, dass wir den Investoren nicht allzu viel reinreden sollten. Sondern, dass die Regelung der Mietzinspreise der Marktwirtschaft überlassen werden sollte.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

**Mehmet Can**, Präsident: Wer dem **Antrag von Lucca Schulz** folgen will, soll entsprechend jetzt mit dem Stimmzettel Ja sagen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

**://:**

Sie haben den **Antrag von Lucca Schulz** mit 19 Nein, 15 Ja und 0 Enthaltungen **abgelehnt**.

## 2. Nutzung Seite 3

keine Wortmeldung

## 3. Bauten und Anlagen Seite 5

keine Wortmeldung

## 4. Gestaltung der Bauten und Anlagen Seite 8

keine Wortmeldung

5. Umgebungsfläche Seite 10

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Noëmi Feitsma!

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe dazu auch einen Antrag eingereicht. – Ich glaube, Christian Jucker möchte noch etwas dazwischen sagen?

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Man kann ihn beinahe nicht lesen, könnt ihr das Ding nicht anders einstellen? Denn die anderen haben wir elektronisch erhalten. Dieser hier ist nun für alle neu. Insofern wäre es sinnvoll, man könnte ihn ... [*Stimme im Hintergrund*] Ja, das wäre super.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Noëmi Feitsma, möchten Sie das vielleicht kurz vorlesen?

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Ja, das kann ich gerne machen. Ich möchte mich auch dafür entschuldigen, dass dieser Antrag so spät kommt. Es hat damit zu tun, dass ich davon, also vom Gesamtprojekt, gar nicht überzeugt bin, dass es tatsächlich so ökologisch ist, wie es zuvor angepriesen wurde, und es meiner Meinung nach sehr viele Dinge hatte, die man ändern sollte. Deshalb kam dieser Antrag so spät. Ich kann ihn vorlesen.

Es geht um den **Antrag öffentlicher Spielplatz**, Änderung QP-Reglement Ziff. 5 Abs.8:

*Im Bereich des Quartierhofs gemäss Quartierplan ist ein zentraler, zwischen den Hauptbauten und seinen Nutzungen vermittelnder und mit hoher Aufenthaltsqualität versehener, **täglich mindestens von 8 Uhr bis 20 Uhr öffentlich zugänglicher Spielplatz vorzusehen, der mindestens über zwei Schaukeln, einen Sandkasten, eine Rutschbahn und einen Kletterturm verfügt, und sich grundsätzlich als Grünfläche gemäss Ziff. 5 Abs. 12 sowie einzelnen chaussierten Weg- und Platzbereichen zusammensetzt und mit Baumgruppen zu versehen ist.***

Also, es ist die Ergänzung, die fett gedruckt ist, dass ein öffentlich zugänglicher Spielplatz hinkommt, die ich beantrage. Der Grund ist, dass man schon in der Spielplatzstrategie vom März 2021 feststellte, dass in diesem Quartier eine massive Unterversorgung mit öffentlichen Spielplätzen besteht. Das Quartier wurde als Gebiet mit höherer Priorität definiert. In genau dieser Spielplatzstrategie von 2021 wurde zusätzlich versprochen, dass die Unterversorgung bis ins Jahr 2028 teilweise behoben wird. Jetzt wird dort eine neue Siedlung gebaut. Ich gehe davon aus, dass auch Familien mit Kindern, die spielen wollen, einziehen werden. Sie werden auch einen Spielplatz benötigen. D. h., dass diese Unterversorgung sich erhöhen wird, wenn dort nicht Abhilfe geschaffen wird, indem ein Spielplatz errichtet wird. Ich meine, dass es auch für die Bauherrschaft nicht ein grosser Aufwand ist. Es ist nämlich ein Innenraum und ein Bereich vorgesehen, dass dort auch ein Spielplatz hinkommt. Deshalb bitte ich den Rat, unserem Antrag zu folgen. Vielen Dank.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es dazu Wortmeldungen? Christian Jucker, bitte!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Anwesende. Es ist für uns schon sehr schwierig, wenn wir dies jetzt zum ersten Mal sehen, es zu beurteilen. Die anderen Anträge haben wir mindestens einen, zwei, drei Tage im Voraus erhalten. Jetzt müssen wir es hier entziffern. Insofern können wir uns nicht als Fraktion dazu äussern, oder? Wir müssten es in der Fraktionssitzung diskutieren, oder mindestens noch vor der Diskussion. Ich möchte doch dringend bitten, dass die Leute ihre Anträge mindestens vor der Sitzung einreichen, damit wir sie anschauen können. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich stelle einen **Ordnungsantrag für ein Time-out**, damit die Fraktion das Geschäft beraten kann.

**Mehmet Can**, Präsident: Möchte sich jemand ... – Entschuldigung, Mark Aellen, möchte sich jemand noch zum Ordnungsantrag äussern? Herr Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe nichts gegen den Ordnungsantrag, würde aber gerne beliebt machen, dass wir das vielleicht auf nach der Aussage der KBU verschieben. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich sehe, es gibt keine weiteren Wortmeldungen. Entsprechend würde ich zunächst über den **Antrag von Mark Aellen** abstimmen lassen. Wer für den Antrag, ein zehnminütiges Time-out, von Mark Aellen ist – reicht das, Herr Aellen, zehn Minuten? -

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich hoffe es doch sehr.

**Mehmet Can**, Präsident: Also, in diesem Fall bis um sieben Uhr. Wer für den Antrag, Time-out-Antrag, von Mark Aellen ist, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Sie haben dem **Antrag von Mark Aellen** mit 29 Ja, 5 Nein und 0 Enthaltungen **zugestimmt**.

Entsprechend machen wir ein Time-out bis 19.02 Uhr.

#### TIME-OUT

**Mehmet Can**, Präsident: So, wir fahren weiter. Ich bitte den 1. Vizepräsidenten um Wortmeldungen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Dieses Thema Spielplätze, Spielplatz auf dem QP Weiherweg, war durchaus in der KBU ein Thema. Wurde auch im Rahmen des gestellten Rückweisungsantrags diskutiert. Dies ist auch im Bericht abgehandelt. In der Sache ist dazu zu sagen: Es ist klar, dass dort ein Spielplatz entsteht. Das ist bei einer solchen Überbauung von dieser Grösse, dass man einen Spielplatz macht. Es wird also einen Spielplatz geben. Die Frage ist, ob er dann öffentlich sein soll oder nur für die Bewohner der Überbauung. Dazu muss man auch sagen: Diese Frage ist wahrscheinlich bei einer Überbauung, die zur Vermietung gebaut wird, was da bekanntlich der Fall ist – es wird weniger heiss gegessen, als wenn es um Eigentumswohnungen geht. Denn in der Regel ist es nicht so, dass die Mieter einer solchen Überbauung dann wie ein Häftling darauf aufpassen, dass «ihr» Spielplatz von niemand Fremdem benutzt wird. Das ist eher ein Phänomen, das man bei Eigentumswohnungen kennt.

Davon abgesehen ist es natürlich so, dass, wenn man vom Eigentümer abverlangt, dass der Spielplatz öffentlich ist, sich die Frage stellt, wer die Kosten trägt. Dies ist nun hier im Antrag nicht behandelt. Der Investor wird dann sicher geltend machen, wenn es ihm als Auflage auferlegt wird, dass es eine Naturalleistung an die Gemeinde ist, die entsprechend dann gewissermassen abgegolten oder angerechnet wird, wenn es darum geht, die Planungsmehrwertabgabe, die bei diesem Projekt nämlich anfallen wird, zu berechnen. D. h., es wird sicher nicht so sein, dass man es einfach beschliessen kann, ohne dass es unter dem Strich die Gemeinde etwas kostet.

Zudem ist zu erwähnen, dass es in diesem Gebiet einen weiteren QP geben wird. Im Rahmen der Zonenplanrevision ist es auch entsprechend vorgesehen. Nämlich ist es das Projekt beim Schiessstand Allschwiler Weiher. Dort wird bestimmt auch die Gelegenheit sein, und vielleicht auch eher die Gelegenheit sein, wenn man tatsächlich in diesem Sinn einen öffentlichen Spielplatz haben will, dass man es dann auf diesem Areal mit dem Investor, in diesem Fall mit Immobilien Basel-Stadt, aushandelt und realisiert. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Danke schön für diese Ausführungen. Der Fakt, dass wir zu wenige Spielplätze in diesem Quartier haben, ist lange bekannt. Es wurde in der Spielplatzstrategie diskutiert, wie man dem gerecht werden kann. Es gibt wenige öffentliche Parzellen in diesem Gebiet. Man hatte bei dieser Besprechung bereits gesehen, dass eine der Möglichkeiten ist, in den Quartierplänen diese Spielplätze als öffentlich zu verlangen. Jetzt, die Begründung, dass es die Gemeinde etwas kostet, schmerzt mich im Herzen. Wir sagen als Gemeinde: Spielplätze sind wichtig. Wir sagen sogar, wir können sie an einem anderen Ort bauen, dort kostet es nichts. Doch, natürlich kostet es dort auch etwas. Spielplätze kosten etwas. Aber das ist eine Investition in unsere Gesellschaft. Man kann doch

nicht einfach hingehen und sagen: Es muss alles gratis sein. Insofern: Wir benötigen Spielplätze in diesem Quartier. Das ist eine Möglichkeit. Kostet vielleicht etwas, das ist auch okay, wenn es etwas kostet, aber idealerweise lässt man diese Gelegenheit nicht einfach anhand dieser Begründungen vorbeiziehen. Entweder stehen wir hinter der Spielplatzstrategie oder nicht. Wir haben sie verabschiedet. Also sollten wir sie auch stützen. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Simon Trinkler!

**Simon Trinkler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir finden dieses Anliegen dieses Antrags grundsätzlich sehr sympathisch. Nun sehen wir die Problematik, wie vom KBU-Präsidenten erläutert, dass er öffentlich zugänglich sein sollte. Dies bringt gewisse Probleme mit sich. Z. B., dass es durch Jugendliche, die sich dort aufhalten oder was auch immer, eine Belastung für die Personen, die dort wohnen, geben kann. Es gilt einfach, mit positiven Aspekten abzuwägen, damit Kinder dort spielen können.

Zudem betrachten wir diesen Antrag bezüglich der Finanzierung als nicht komplett ausgegoren. Das ist nun aber meine persönliche Meinung, das ist ein mustergültiges Ding eines traurigen Kletterturms, und wenn dann, finde ich, muss man es richtig machen. Also ein richtiger Spielplatz, nicht einfach etwas, was in zehn Jahren verlottert und traurig dasteht. Die EVP/GLP/Grüne-Fraktion ist deshalb mehrheitlich gegen diesen Antrag.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Flavio Fehr!

**Flavio Fehr**, SP-Fraktion: Geschätzter Rat, liebe Anwesende. Ich möchte jetzt auch noch etwas kurz dazu sagen. Es wurde erwähnt, dass, wenn der Platz öffentlich zugänglich sei, Jugendliche eher dort abhängen. Ich weiss nicht, was der Unterschied sein soll. Ob es ihnen egal ist, ob sie dort abhängen oder nicht, ob er öffentlich zugänglich ist oder nicht. Ich finde auch die Argumentation, zu sagen: «Ja, man wartet jetzt auf einen weiteren QP, der vielleicht in fünf bis zehn Jahren einmal steht», schwierig. Wenn wir hier so lange haben, um Geschäfte zu beraten, dann kann man vielleicht dort einen öffentlich zugänglichen Spielplatz bauen. Der Investor, der Immobilien Basel-Stadt wäre, ist natürlich öffentlich, dann ist es die öffentliche Hand, die hat kein so grosses Interesse, Gewinne am Markt zu generieren, wie vielleicht die privaten Investoren, die nun hier involviert sind. Ich finde dies eine schwierige Argumentation. Ich würde dafür stimmen, dass man den Spielplatz definitiv reinnimmt und auch öffentlich zugänglich macht, um die Spielplatzstrategie besser zu unterstützen und auch etwas zügiger vorwärtszubringen, als weitere drei bis vier oder fünf Jahre zu warten. Danke vielmals.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Noëmi Feitsma!

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Die öffentliche Zugänglichkeit ist auch bewusst zeitlich bis 20 Uhr begrenzt. Also nachts werden dort nicht irgendwelche Personen herumlungern. Die Nachtruhe wird auch nicht gestört. Noch zur Planungsmehrwertabgabe: Laut Reglement soll sie ohnehin dem Quartier zugutekommen. Deshalb spricht aus meiner Sicht eigentlich nichts dagegen, dass man es für diesen Spielplatz oder einen Teil davon nutzt. Denn das kommt dem Quartier definitiv zugute.

Was zu den anderen Quartierplänen, die wahrscheinlich eines Tages in ferner Zukunft in diesem Quartier oder in der Nähe dieses Quartiers erstellt werden, erwähnt wurde, möchte ich einfach sagen: Was du heute kannst besorgen, das verschiebe nicht auf morgen! Und noch einmal betonen: Es wurde versprochen, dass in diesem Quartier bis 2028 die Unterversorgung aufgehoben wird. Wenn man sich nun vorstellt, dass man nun noch auf andere Quartierpläne wartet, die bislang nicht einmal bei uns in der Beratung sind, wird sich das noch massiv hinauszögern. Das Ziel ist ohnehin nicht erfüllt, auch wenn man es jetzt in diesen Quartierplan nehmen würde. Danke.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es weitere Wortmeldungen? Matthias Häuptli, bitte!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe noch schnell Informationen von der Bauverwaltung abgeholt. Es ist bezüglich der Spielplatzversorgung so, dass, wie erwähnt, der QP Allschwiler Weiher in Form eines Landschaftsparks entstehen wird, sicher auch mit Spielmöglichkeiten. Es wird auf dem Brix-Areal eine grosse Freifläche geben, auf welcher auch ein Spielplatz untergebracht wird. Hinzu kommt, dass wir auch für die Ecke beim Migros Paradies, wo jetzt eigentlich ein «ungenutztes Pärkli» ist, beschlossen haben, dass etwas getan werden soll. Es wird dort ebenfalls Spielmöglichkeiten geben. Es ist offensichtlich so, dass in diesem Gebiet

verschiedene Spielmöglichkeiten und Spielplätze angedacht sind und auch konkret realisiert werden. Insofern denke ich, es ist noch eine wichtige Information. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weitere Wortmeldung? Simon Trinkler, Entschuldigung.

**Simon Trinkler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Mich würde noch interessieren, was die Haltung des Gemeinderats zu diesem Antrag ist.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt, bitte!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Danke schön. Der Gemeinderat meint auch, wie es eigentlich vom KBU-Präsidenten ausgeführt wurde, dass eine solche Überbauung ohnehin einen Spielplatz machen muss. Wir meinen, das sei hier genügend vorgesehen. Vielleicht auch nicht zu vergessen: Die Spielplatzstrategie schliesst auch die privaten Spielplätze mit ein. Der Gemeinderat lehnt diesen Antrag ab.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

**Mehmet Can**, Präsident: In diesem Fall kommen wir zum **Antrag von Noëmi Feitsma**. Wer dem Antrag folgen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

://:

Sie haben den **Antrag von Noëmi Feitsma** mit 17 Nein-Stimmen, 15 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Wir können weitermachen.

## 6. Mobilität und Nachhaltigkeit Seite 14

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Urs Poživil

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir haben einen Antrag von der FDP, der SVP und der Mitte. Es geht eigentlich um die dortige Anlieferungszone. Wir haben auch schon mit dem Architekten gesprochen. Da ist eigentlich die Meinung vorhanden, dass für den Gastrobetrieb, der entsteht – es gibt ja vielleicht eine Bäckerei oder so ähnlich –, die Anlieferungszone auch als Parkplatz genutzt werden sollen. In diesem Zusammenhang ist uns aber aufgefallen, dass es eigentlich nicht wirklich klar definiert ist, was für eine Anlieferungszone es genau ist. Es macht deshalb Sinn, dass man es präzisiert, dass dort wirklich sechs Abstellplätze vorgesehen sind. Dass oberirdisch sechs Abstellplätze vorhanden sein dürfen. Denn wie der Quartierplan momentan existiert, sind keine Aussenparkplätze vorgesehen. Deshalb wirklich nur maximal sechs, und dass man eine Aufenthaltsdauer von nur 30 Minuten hat, dass es wirklich die Idee ist, dass, wenn Leute etwas in diesem Gastronomiebetrieb, der dort entstehen soll, einkaufen wollen, schnell anhalten können, hineingehen und wieder wegfahren. Die Idee soll nicht sein, dass irgendwelche Dauerparkiererei entsteht. Wenn man nun aber nichts macht, und dort einen Bäcker hat, haben wir einfach ein Problem, dass wir einerseits wahrscheinlich Leute haben werden, die – ich kann mir das durchaus vorstellen – einfach auf der Binningerstrasse mehr oder weniger sonderbar aufs Trottoir fahren und anhalten werden. Das wollen wir auch nicht wirklich, das ergibt keinen Sinn.

Deshalb ist es sinnvoll, dass man eine Präzisierung vornimmt, damit dort wirklich die Erlaubnis besteht, das Fahrzeug abzustellen. Deshalb wären wir dankbar, wenn man diesem Antrag zustimmen und ihn unterstützen könnte. Merci vielmals.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es Wortmeldungen dazu? Lucca Schulz, bitte!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte einfach nur kurz festhalten: Da ist es nun in Ordnung, dem Grundeigentümer Vorschriften zu machen, wie er mit seinem Raum umzugehen hat. Wenn es aber um Spielplätze geht, ist es nicht in Ordnung, wenn es um Mietangebote geht, ist es auch nicht in Ordnung. Ich glaube, wir sind uns einig: Das Argument kann nicht sein: Wir machen dem Grundeigentümer Vorschriften oder nicht, sondern: Sind wir

für die neuen Vorschriften, die wir wollen, oder nicht wollen? Die SP wird diesen Vorschlag ablehnen. Besten Dank.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Grundsätzlich sind da bereits vier bis fünf Parkplätze als sog. Anlieferungszone vorgesehen. Grundsätzlich meinen wir, sechs wären da auch möglich. Wenn der Einwohnerrat das mit den 30 Minuten beschliesst, denke ich: Ja, da kann man auch nichts dagegen haben, denn bei dieser Anlieferung ging es auch darum, dass man ein- und ausladen kann. Und zwar nicht nur für das Gewerbe, die Gewerbebetriebe, sondern dies würde auch für alle Wohnungen, welche dort entstehen, gelten. Das wäre ohne grössere Verschiebungen möglich.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Simon Trinkler!

**Simon Trinkler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich hätte noch eine Frage an den Antragstellenden. Ist es definitiv so, dass diese Parkplätze innerhalb der Anlieferungszone gemeint sind, oder sind sie zusätzlich zu dieser Anlieferungszone? Es ist mir einfach noch wichtig, diese Präzisierung auch protokollarisch festgestellt zu haben.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielleicht darf ich zuerst Urs bitten ...

**Urs Poživil**, FDP-Fraktion: Ja, lieber Simon, danke für diese Frage. Es ist ein guter Punkt. Es ist in dieser Anlieferungszone. Es ist wirklich so. Ich habe mit dem Architekten geschrieben. Es geht wirklich darum, dass man innerhalb dieser Anlieferungszone parkieren kann. Es ist auch wirklich so angedacht, dass man in dieser Anlieferungszone parkieren und anhalten darf. Es wird aber im Reglement einfach nicht klar und deutlich festgehalten. Uns geht es wirklich nur um eine Präzisierung. Das ist uns wichtig, dass es wirklich präzise aufgeführt ist, damit es nicht später heisst: Okay, man hat hier einfach eine Anlieferungszone, aber die Ablieferungszone darf nur für Anlieferungen genutzt werden, oder was auch immer. Es geht uns wirklich nur um eine Präzisierung.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich bin aufs Neue erstaunt, dass der Gemeinderat hierzu sagt: Ja, wir haben fünf Plätze für Anlieferungen durch Geschäfte und Anwohner vorgesehen, und es sollte kein Problem sein, diese auf sechs zu erhöhen. Der Antrag sagt: Es geht nicht um die Anwohner und Anlieferungen, sondern wir machen Parkplätze für jene, die einkaufen. Das beisst sich. Es ist nicht eine Präzisierung, es ist eine Umdefinierung der Nutzung. Wenn man einen Architekten fragt, ob man hinfahren kann, um aus- und einzuladen, ist es eine Frage. Die andere Frage ist: Kann man da öffentlich parkieren? Öffentlich parkieren heisst nicht, dass ich dort einkaufen gehe, sondern es heisst, ich stelle meinen Wagen 30 Minuten lang auf einen öffentlichen Parkplatz und blockiere damit jene, die eigentlich die Anlieferungen machen wollen, oder jene, die dort wohnen und ein- und ausladen möchten. Es ist nicht einfach eine Präzisierung, sondern es ist eine Umdefinierung. Schon allein daher ist es, wie im Gemeinderatsverständnis ausgedrückt, klar und deutlich: Es ist eine Anlieferungszone. Antragsstellung: Es soll ein Parkplatz sein, den man öffentlich nutzen kann. Das sind zwei verschiedene Welten. Ich glaube, ich folge dem Gemeinderat, der sagt: Nein, es sind Anlieferungszone. Punkt. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen – ah, Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wenn man an dieser Stelle, wo die Anlieferung vorgesehen ist, Parkplätze vorsieht, bedeutet es eigentlich, dass man letztlich Aufenthaltsmöglichkeiten für Fahrzeuge wahrscheinlich mehr oder weniger in Zweierreihe schaffen muss. Nämlich einerseits Anlieferung, die es halt auch benötigt, wenn man Kurzzeitparkplätze hat, denn diese können durch Leute belegt sein, die eben nicht einfach nur kurz etwas anliefern, sondern dann immer laufend jemand für eine halbe Stunde darauf steht. Dies würde bedeuten, dass der öffentliche Platz, der gegenüber der Binningerstrasse offen sein sollte, dann durch eine Reihe Fahrzeuge verstellt wird. Das ist wahrscheinlich nicht die Idee hinter der Planung. Es würde bestimmt den Charakter des geplanten Platzes stark verändern. Die Mehrheit der KBU spricht sich gegen diesen Antrag aus. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Flavio Fehr!

**Flavio Fehr**, SP-Fraktion: Geschätzter Rat, liebe Anwesende. Ich möchte trotzdem noch einmal schnell erwähnen, dass wir im vorherigen Antrag einen öffentlich zugänglichen Spielplatz mit der Begründung, es könne Geld kosten, verwehrt haben, und jetzt zonen wir eine Anlieferungszone in öffentlich zugängliche Parkplätze um? Das finde ich sehr fragwürdig.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Nicole Morellini!

**Nicole Morellini**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Anwesende. Mir ist nicht klar, wenn wir von maximal sechs Parkplätzen sprechen, die auf der Fläche sein sollen, die wir auch erhalten haben, auf der Anlieferungszone. Der Architekt hat geschrieben, dass es Platz für vier bis sechs Fahrzeugstellplätze hat. Wenn wir sie nun aber in öffentliche Parkplätze umwandeln wollen, auch wenn es auf 30 Minuten beschränkt ist, wirken wir dem Gewerbe eigentlich entgegen. Ich denke, Anlieferungszone für das Gewerbe sind notwendig. Vielleicht habe ich es auch nicht ganz verstanden, aber für mich geht es mathematisch nicht auf, dass alles, der Güterumschlag, die Nutzung durch das Gewerbe und öffentliche Parkplätze à 30 Minuten, auf der vorhandenen Fläche platziert werden soll.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Also, ich bin nicht Jurist und ich meine ... – Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine Anlieferungszone juristisch eine umrissene Grösse ist. Ich denke, man wird es in der Praxis dann so umwandeln müssen. Die Anlieferung muss stattfinden können. Es werden einzelne Kurzzeitparkplätze geben, wenn der Einwohnerrat es will, was aus Gemeinderatssicht wichtig ist. Ob es nun gesamthaft vier bis fünf oder sechs Parkplätze sind, finden wir, da es bekanntlich ohne grössere Eingriffe möglich wäre, ist es machbar. Was natürlich ein Problem wäre, wenn es zehn Parkplätze wären, wie es, wie ich meine, eigentlich in der ersten Version ausgesehen hat. Mit sechs muss man dann halt schauen, wie man es genau macht. Die sechs können dann natürlich nicht immer als Kurzzeitparkplätze belegt sein. Dies wird eine operative Sache sein, wie man es umsetzt. Ich gehe mal davon aus, dass man einen Weg finden wird, damit es funktioniert. Denn, bei einer Anlieferung kann es sein, dass ein Fahrzeug halt längere Zeit steht, dass es halt zwei, drei Stunden stehenbleibt. Dann kann auch nicht ein zweites hin. Ich denke, da wird man pragmatisch bleiben müssen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen, bitte!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Es hat eigentlich ein paar Juristen im Raum. Nach meinem Kenntnisstand ist ein Anlieferungsfeld gelb markiert, mit einem gelben Kreuz. Wer also den Wagen draufstellt und einfach davonläuft, riskiert, dass er gebüsst wird. Denn es ist, wie man weiss, zur Anlieferung. D. h., man kommt hin, lädt aus und kommt wieder zurück. Wenn die Ausladung zwei bis drei Stunden dauert, dann bin ich sicher, habt ihr ein Ticket, wenn ein Polizist es sieht. Ein Parkplatz ist anders markiert. Der hat entweder einen blauen oder einen weissen Rand drumherum, aber bestimmt kein gelbes Kreuz darauf. Insofern, falls ich mich täusche, würde ich gerne korrigiert werden. Ansonsten nehme ich an, das ist das richtige Verständnis. Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ich will es nicht verkomplizieren. Aber es gibt auch noch die gelb markierten mit dem Kreuz darauf, auf denen man zeitlich begrenzt parkieren kann. Ich will es aber hier nicht verkomplizieren.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf, bitte!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident. Ich möchte einfach noch darauf hinweisen, dass der Antrag ausdrücklich festhält: «... für Personen und Güterumschlag ...». Das ist im Prinzip nichts anderes als eine Anlieferung. D. h., nicht, dass man einfach nur just for fun parkieren darf, sondern, der Parkierungszweck ist im Antrag schon definiert. Es steht: «... für den Personen- und Güterumschlag ...». Dies müsste meiner Meinung nach dann auch ein gelbes Kreuz haben, so, wie es bei den öffentlichen Parkplätzen immer ist. Es kann eine Zusatztafel haben, dass man sagt: Ausserhalb der Lieferzeiten ist das Parkieren frei. Das müsste man noch im Einzelnen betrachten. Aber grundsätzlich ist es denkbar.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Jörg Waldner!

**Jörg Waldner**, SVP-Fraktion: Werte Kollegen. Diese Sache ist im SVG geregelt. Es sagt klar, was Güterumschlag und Personenumschlag in diesem Sinne bedeuten, nämlich Personen: das Ein- und

Aussteigenlassen von Personen, und Güterumschlag: das Ein- und Ausladen von Gütern. Bereits das Hingehen, um den Lieferschein danach unterschreiben zu lassen, entspricht nicht mehr dem Güterumschlag. Also ist klar definiert. Eigentlich ist sogar die zeitliche Begrenzung überflüssig, und die gelben Felder sind wie zuvor erwähnt.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Flavio Fehr!

**Flavio Fehr**, SP-Fraktion: Danke noch einmal fürs Wort. Geschätzte Kollegen. Ich möchte mich dem auch anschliessen. Personen- und Güterumschlag ist nicht Gipfeli kaufen. Zuvor wurde argumentiert: Damit die Leute dort Gipfeli kaufen gehen können. Das ist es nicht. Ich verstehe auch nicht, weshalb man noch «30 Minuten» reinnehmen muss. Ich würde dem Antrag aus den genannten Gründen nicht stattgeben. Denn es gibt einen Güterumschlag, und den muss man nicht weiter definieren.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte das Ganze mal von einer anderen Seite beleuchten. Ich habe mir wegen meines Geschäfts soeben überlegt, falls ich da eine Scheibe auswechseln muss. Wie mache ich das dort? Wenn die Scheiben kaputtgehen, sei es im ersten, zweiten, oder im sechsten Stock. Wenn ich zuoberst bin und die Scheiben 2 x 3 Meter gross sind mit ungefähr 500 kg, muss ich die Dinger mit einem Kran raufhieven. Ich habe keinen Platz, um einen Kran hinzustellen. Das ist das Erste. Das andere ist: Wenn ich eine Scheibe auswechsele, bin ich zwei, drei Stunden dort. Ich kann dort überhaupt nirgends parkieren. Dementsprechend – ihr wünscht Parkplätze, Zeiteinschränkung, gelbe Zone, Güterumschlag usw. – und wo gehen die Handwerker hin? Man hat ein paar Gästeparkplätze oder Besucherparkplätze unterirdisch. Ich muss aber mindestens drei Meter Höhe haben, damit ich meinen Wagen an einem anderen Ort hinstellen kann, d. h., ich komme nirgends unten in eine Garage rein.

Jetzt müsst ihr uns, mir, eigentlich erklären: Wie will ein Handwerker, der ein wenig ein grösseres Geschützli fährt, und ich sage, nicht überaus gross, dort überhaupt etwas reparieren, etwas machen, ausser, dass er das Auto aufs Trottoir oder an den Rand hinstellen muss, weil es nirgendwo Platz hat und er nirgendwo eine Möglichkeit hat? Mit dem Vorschlag hier hätten wir wenigstens die Beschränkung, wenn es öffentlich eine Beschränkung ist, bei der ich den Wagen wenigstens eine halbe Stunde hinstellen könnte, oder ein wenig länger, damit ich handwerkliche Arbeiten dort leisten kann. Denn sonst habe ich gar keine Chance. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen.

**Mehmet Can**, Präsident: Wir kommen sogleich zur Abstimmung.

Und zwar geht es um den **Ergänzungsantrag zum Geschäft 4795, Quartierplan Weiherweg und Quartierplanreglement**, von Urs Poživil, Henry Vogt und Stephan Wolf. Wer dem Antrag folgen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Sie haben diesen **Antrag** mit 16 Nein, 15 Ja und 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

## 7. Schlussbestimmungen Seite 16

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Anwesende. Ich habe dazu drei Sachanträge. Weil die einen neuen Art. 6a ins Quartierplanreglement schreiben wollen, habe ich mir erlaubt, sie jetzt zu stellen. Ich möchte zuerst, dass der Antrag 1, Kostenmiete, aufgelegt wird. – Genau, das ist er, besten Dank. Ich möchte nur nochmals schnell festhalten, um zum Anfang zurückzugehen. Was jedem hier bewusst sein muss, wenn wir den Quartierplan verabschieden: Die Häuser werden abgerissen und es werden neue Häuser gebaut. Die Mieter, die jetzt darin wohnen, können sich mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht leisten, in den neuen Wohnungen zu wohnen. Das muss einfach allen klar sein. Es kann natürlich sein, dass dort einkommensstarke Leute wohnen, die sich einen hohen Mietzins leisten können, aber der Mietzins im Neubau wird mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit höher sein, als der, der jetzt gilt. Mit anderen Worten: Es wird eine gewisse Verdrängung geben. Dies wird nicht verhinderbar sein, weil der Neubau teurer sein wird.

Wir möchten mit drei Vorschlägen, über die man einzeln abstimmen kann, dem in gewisser Hinsicht entgegenwirken. Wir werden nicht sicherstellen können, dass der neue Mietzins der Neubauten so ist, wie er jetzt ist, aber wir können immerhin teilweise verhindern, dass er überhöht wird, oder sicherstellen, dass er im tiefen Segment ist, wie es laut Aussage des Gemeinderats der Investor ohnehin vorhat. Insofern sollte der Investor auch nichts gegen diese Anträge haben.

In der Sache komme ich zum **ersten Antrag**. Ich habe ihn mit *Kostenmiete* betitelt. Wir wollen, dass für **30 % der Wohnungen** – auf 30 % kommen wir, weil nach unserem Verständnis etwas über 200 Wohnungen entstehen sollen, und die 30 % wären annäherungsweise jener Wohnraum oder die Anzahl Wohnungen, die im Moment dort vorhanden sind – das **Prinzip der Kostenmiete festgelegt** wird. Wir definieren es wie folgt: Es bedeutet, dass der Mietzins nur die tatsächlichen Kosten der Liegenschaft sowie eine angemessene Rendite, also eine Rendite, die immer noch möglich sein soll, diese aber maximal 0,5 % über dem Referenzzinssatz liegen darf, enthalten soll. Übrigens muss man dazu sagen, dass dies nicht eine extreme Regelung ist. Dies war in der Schweiz früher eigentlich Standard. Es ist auch im Obligationenrecht festgelegt, dass Mietzinse, die einen übersetzten Ertrag erzielen, verboten sind oder missbräuchlich sind. Insofern gilt bereits jetzt im Mietrecht nicht der freie Markt. Wir wollen eigentlich nur, dass für einen Teil der Wohnungen noch einmal explizit festgehalten wird, dass der freie Markt eben nicht gilt, sondern das Obligationenrecht mit einer Stückverstärkung, dass halt die maximale Rendite bei 0,5 % liegt. Der Investor würde immer noch einen Gewinn generieren, für den Investor wäre es nach wie vor ein gutes Geschäft. Man könnte aber sicherstellen, dass es weiterhin vergleichsweise günstigen Wohnraum gibt. Deshalb möchte ich Sie doch bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es dazu Wortmeldungen? Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Irgendwie verstehe ich es nicht. Wenn es im OR geregelt ist, können wir es ohnehin nicht schlechterstellen. Dementsprechend bringt es doch gar nichts. D. h., es ist im OR geregelt, dementsprechend ist es offenbar gesetzlich geregelt. Weshalb sollten wir es dann ändern? Wir müssen es ja besserstellen, als das, was im OR steht. Aber für wen besserstellen? Ist es für den Vermieter oder ist es für den Mieter? Das ist doch gar nicht definierbar. Insofern finde ich es absolut unnötig. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Sehr geehrter Präsident, liebe Ratskolleginnen und -kollegen. Ich habe grosse Bedenken, ob es überhaupt bundesrechtskonform ist, wenn man einen solchen Artikel oder Paragraphen in unseren Quartierplan reinnehmen würde. Es steht da jetzt: Eine Rendite, wenn sie maximal 0,5 % über dem Referenzzinssatz liegt. Da haben wir schon mal das Problem, dass wir nun nicht wissen: Ist nun die Nettorendite oder die Bruttorendite gemeint? Bei Neubauten ist es eher die Bruttorendite. Die bundesgerichtliche Rechtsprechung sagt, die Nettorendite darf bei einem Referenzzinssatz bis 2 % über dem Referenzzinssatz liegen, und die Bruttorendite darf sogar 5,5 % betragen. Also deutlich mehr, als nun dieser Paragrafvorschlag vorsieht. Ich habe grosse Bedenken, ob es sich mit Bundesrecht vereinbaren lässt. Ich schliesse mich deshalb auch dem Wort von Henry Vogt an. Wir haben bereits eine gesetzliche Regelung im OR, die müssen wir hier nicht verschärfen. Ich habe grosse Bedenken, ob wir sie überhaupt verschärfen dürfen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Flavio Fehr!

**Flavio Fehr**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich glaube, der wichtigste Punkt dieses Artikels ist, dass es darum geht, dass es 30 % kostengünstigen Wohnraum gibt. Wir dürfen Leute, die teilweise auf Sozialhilfeniveau leben und günstigen Wohnraum benötigen, von Gesetzes wegen nicht in andere, umliegende Gemeinden verdrängen, indem wir den Wohnraum verteuern. Das ist nicht erlaubt. Dies steht auch im Bundesgesetz. Insofern finde ich, ob es nun Nettorendite ist – ich gehe mal davon aus, dass Lucca es so gemeint hat, er nickt auch –, kann man den Antrag ansonsten ergänzen, wenn es sachdienlich ist. Der wichtigste Punkt davon ist, dass der kostengünstige Wohnraum, den es jetzt noch gibt, den man abreisst und durch sehr hochwertigen Wohnraum ersetzt – ein Prestigeobjekt, wie es zuvor genannt wurde –, erhalten bleibt. Insofern, ich glaube wirklich, der wichtige Aspekt ist, wir nehmen in Allschwil günstigen Wohnraum weg und ersetzen ihn mit teurem und hochwertigem Wohnraum. Dies wollen wir mit diesem Artikel, mit dieser Ergänzung, verhindern. Es ist nach wie vor ein Renditeobjekt, also kann der Investor damit immer noch Rendite machen, aber es ist trotzdem günstiger Wohnraum weiterhin auch in Allschwil vorhanden.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Merci vielmals. Ich habe einfach noch zwei Ergänzungen zu Stephan Wolf. Ich meine, dass es gesetzeskonform ist. Es gab kürzlich einen Bundesgerichtsentscheid, bei dem eine Gemeinde auch ein solches Mietzinsreglement verabschiedete. Letztlich geschieht es auch vielfach bei Wohnbaugenossenschaften. Klar, es hat keine absolute, direkte Wirkung zwischen den Mietparteien, aber immerhin kann die Gemeinde darauf hinwirken, dass der Grundeigentümer es mit den Mietparteien vereinbart.

Noch zu Henry Vogt: Ich habe mich vielleicht etwas undeutlich ausgedrückt. Natürlich wäre dieser Vorschlag, wie Stephan Wolf eigentlich richtig erwähnte, in gewisser Hinsicht eine zulässige Verschärfung. Was ich ausdrücken wollte, ist, dass, so wie ich es recherchiert habe, vor nicht allzu langer Zeit, vor 50, 60 Jahren, in der Schweiz die 0,5 %-Nettorendite gerichtlich festgelegt wurde. Man ist dann mit der Zeit davon abgewichen. Ihr habt doch manchmal die alten Zeiten gerne, man würde da wieder ein Stück weit in die alten Zeiten zurückgehen. Zudem muss ich schon noch festhalten: Ich glaube, in zwei, drei Monaten haben wir eine Abstimmung, dann werden wir vielfach hören, wie hoch die Wohnkosten sind, und dass wir zu viele Leute sind, und dass wir keinen günstigen Wohnraum haben ... Jetzt könnte man etwas Konkretes dafür tun. Wenn es an der Mehrheit scheitert, empfinde ich es als ein wenig schade. Es würde auch zeigen, dass das andere Argument dann in ein, zwei Monaten nicht wirklich ernst gemeint ist.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Nur noch zur Ergänzung: Die 0,5 %, die Lucca Schulz angesprochen hat, gelten grundsätzlich immer noch nach dem Bundesgericht. Das Bundesgericht hat nur gesagt: Wenn der Referenzzinssatz so tief ist, wie es im Moment der Fall ist, würde es das Bild verzerren. Deshalb hat es korrigierend eingewirkt und gesagt: Sobald der Referenzzinssatz 2 % oder darunter ist, darf die Nettorendite 2 % über dem Referenzzinssatz liegen. In einem zweiten Entscheid, denn es war lange strittig, was mit der Bruttorendite ist, hat das Bundesgericht gesagt: Ja, bei einem Referenzzinssatz bis zu 2 % ist eine Bruttorendite von 5,5 % in Ordnung. Und die Bruttorendite kommt primär bei Neubauten zur Anwendung. Deshalb habe ich zuvor erläutert, es würde da vermutlich eher um die Bruttorendite gehen.

Zur Information: Im Moment haben wir einen Referenzzinssatz von 1,25 %. Wenn wir nun jetzt festhalten, mehr als ein halbes Prozent über diesem Referenzzinssatz ist nicht zulässig, dann meine ich, verträgt sich das nicht mit der neuen bundesgerichtlichen Rechtsprechung.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen hierzu.

**Mehmet Can**, Präsident: Dann würde ich vorschlagen, dass wir sogleich zum **Antrag von Lucca Schulz** kommen. Wer den Antrag von Lucca Schulz so annehmen will, soll bitte jetzt mit Ja stimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmenzählerinnen bitte zu mir.

**://:**

Sie haben den **Antrag von Lucca Schulz** mit 17 Nein, 13 Ja und 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz, weiter bitte!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Ja, besten Dank, dass ich sogleich das Wort erhalte. So mache ich weiter mit dem **zweiten Antrag**. Kannst du jetzt nehmen, ich würde sie nicht mit dem dritten Antrag belästigen. Die Mehrheiten sind mir klar, aber diesen Antrag möchte ich doch stellen. Denn ich glaube, da hat man noch einmal eine andere Stossrichtung, die vielleicht mehr zusagt. Es geht darum, dass wiederum bei der gleichen Anzahl der Wohnungen die **Anfangsmiete** respektive der Kaufpreis, ich war mir nicht ganz sicher, ob es Eigentums- oder Mietwohnungen werden sollen, einfach **unter dem Medianwert** des anerkannten Immobilien-Schätzungsdienstinstituts liegt. Ich muss dazu sagen: Diesen Passus gibt es 1:1 bereits jetzt im Reglement der Gemeinde Birsfelden. Der wurde übernommen, er wurde dort als rechtsgültig befunden. Mit diesem Reglement, welchem Sie aus rechtlicher Sicht bedenkenlos zustimmen können, wird der Investor in gewisser Hinsicht dazu gezwungen, dass ein Teil der Wohnungen, die 30 % eben, zu Beginn unterdurchschnittlich median vermietet werden muss. Mehr ist es nicht. Sie greifen auch weniger in die Privatautonomie ein. Es wäre zwar meiner Meinung

nach ein schwächeres Instrument, aber trotzdem noch ein Instrument, mit dem Sie dafür sorgen könnten, wenn Sie es dann möchten, dass es in diesem Perimeter auch günstigeren Wohnraum gibt.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es dazu Wortmeldungen? Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Mir ist dieser Antrag etwas zu unbestimmt. Es soll nun da in die Hände eines Schätzungsinstituts gelegt werden, zu bestimmen, wie hoch der Kaufpreis einer Liegenschaft sein soll und wie hoch der Mietzins sein darf. Da habe ich nun allergrösste Bedenken. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Ich hoffe, ich kann diese Bedenken etwas zerstreuen. Wie erwähnt, es funktioniert. Es funktioniert in Birsfelden. Weshalb sollte es nicht in Allschwil funktionieren? Natürlich wird sich die Gemeinde jetzt im Rahmen des Quartierplanvertrags, wenn man der Änderung zustimmt, noch einmal mit dem Investor sprechen müssen, dann müsste man sich auf ein solches Institut einigen. Dann würden die ja einfach mal versuchen, festzustellen, welche Zahlen gibt es im Moment, öffentlich zugänglich nicht, was ist dann im Moment der Medianwert, Verkaufspreis oder Mieten in Allschwil, und sie müssten dann sicherstellen, dass 30 % darunter liegen.

Wer das macht, ja, das müssten die Gemeinde und die Grundeigentümer aushandeln. Ich denke, weil der Gemeindepräsident zuvor erwähnte, dass es ja ein grosses Anliegen ist und es auch bald von der Bauverwaltung umgesetzt wird, bestehen sicherlich auch Ressourcen, um dies in Angriff zu nehmen. Oder wenn sie nicht bestehen, dann wird ja hier der politische Wille geäussert, dass sie bestehen sollen. Es geht da eigentlich um die Frage: Will man es oder will man es nicht? Und nicht um: Wir wollen es, aber wir können es dann nicht machen. Nein, wollen wir es, oder wollen wir es nicht? Es ist auch okay, wenn man es nicht will. Dann muss man aber jetzt Gründe vorschieben.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wir wollen es nicht! [*Gelächter*] Ich weiss nicht, was ich noch mehr dazu sagen soll. Aber, teilweise habe ich schon ein wenig Bedenken. Ich weiss nicht, es sind so gewisse Regeln des Markts, die da existieren. Z. B.: Keine Investoren – es wird nicht gebaut. Wenn der Investor nichts verdient oder keine Rendite generiert, wird nicht gebaut. Ganz einfach. Der Markt reguliert sich von allein, wenn ich die Preise von Wohnungen betrachte. Wenn ich eine 2-Zimmerwohnung für 5 Mio. anpreise, dann kauft sie niemand. Wenn ich es für 800 000 mache, dann wird sie vielleicht gekauft. Das ist einfach schlussendlich der Markt, der es reguliert. Wenn ich die Mietpreise in der ganzen Region betrachte, ausserhalb Basel-Stadt und nicht nur Basel-Stadt, kann man auch die in Birsfelden dazunehmen: Die Mietpreise in Allschwil und Birsfelden sind ungefähr auf demselben Niveau. Ich weiss nun nicht, ob in Birsfelden mehr oder weniger Wohnungen verkauft oder gekauft werden, aber ich finde, es sind solche Dinge, die der Markt von allein reguliert. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Noëmi Feitsma

**Noëmi Feitsma**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich möchte einfach nur sagen, dass wir wirklich aufpassen müssen, dass wir in Allschwil nicht am Bedarf vorbeibauen. Denn letztlich können die kostengünstigen Wohnungen, die wir hier beantragen, auch von wohlhabenden Personen genutzt werden. Wir reden nämlich niemandem rein, wem er die Wohnungen vermieten soll. Nun dürfen wir einfach nicht vergessen, dass wir mit Basel-Stadt eine Nachbargemeinde haben, die im grossen Stil in erschwinglichen Wohnraum investiert. Weil sie nämlich nicht nur gemerkt haben, dass Wohnen ein Menschenrecht ist, sondern auch, dass eben wohlhabende Personen, vorwiegend wohlhabende Personen, sehr viel Wert darauflegen, dass sie einen anständigen Mietzins haben. Sie ziehen damit auch gute Steuerzahler an. Denn es ist nämlich Fakt, dass jemand, der die Wohnkosten komplett aus eigener Tasche zahlen muss, also keine Mietzinszuschüsse erhält und keine EL bezieht, einfach mehr Wert darauf legt, dass die Miete im Budget dieser Person liegt. Das sind primär finanziell komplett selbstständige Personen, die wirklich darauf achten, welche Miete sie bezahlen.

Dann müssen wir uns nicht wundern, wenn wir es nicht auf die eine Art unterstützen, wenn dann die guten Steuerzahler alle nach Basel-Stadt ziehen, weil sie dort halt in einer Genossenschaft ohne irgendwelchen Einkommensnachweis eine Wohnung finden können, die 1 200 Franken kostet, während dieselbe Wohnung oder dieselbe Anzahl Quadratmeter in Allschwil mehr oder weniger das

Doppelte kostet. Das ist nämlich in Basel-Stadt möglich. Das Problem, welches wir in Allschwil haben: Wir haben kaum eigenen Boden, wir haben nicht wie Basel-Stadt eine Stiftung Habitat, die Boden aufkauft, damit sie genau solche Wohnungen schaffen kann. Sondern, unsere einzige Möglichkeit, ein wenig dazu beizutragen, dass wir erschwingliche Wohnungen für den Mittelstand haben, sind die Quartierpläne und solche Anträge anzunehmen, ist unsere einzige Möglichkeit, damit wir ein wenig Einfluss nehmen können.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ja, danke schön. Geschätzte Ratsmitglieder. Ich spreche nicht für alle auf dieser Seite oder auf der anderen Seite, sondern nur für das, was ich hier beobachte. Man hat den Glauben, das habe ich nun von Zweien gehört, dass der Markt sich kontrolliert und niemand aufpassen muss. Wir haben jeglichen Beweis, dass es nicht der Fall ist. Wir haben jedwede Ombudsstellen, die genau darauf schauen. Wir haben Preisüberwacher, die darauf achten. Das zeigt, dass sich der Markt nicht selbst kontrolliert. Das ist eine Mär. Die ist überall bewiesen. Dort, wo der Markt vom Markt übernommen wird, gehen Dinge ab, die wir nicht wollen. Und jetzt spreche ich von «mir». Die Leute, die ich kenne, wollen das nicht. Sie wollen nicht, dass der Markt den Preis bestimmt. Sondern, es benötigt eine Kontrolle, die ein wenig dafür sorgt, dass es eben günstigere Angebote gibt. Die Investoren haben bis jetzt nicht gezeigt, dass sie gerne günstigen Wohnraum produzieren.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ich habe es bereits vor über einer Stunde erwähnt: Wir haben in der Immobilienstrategie drin, dass man eine Strategie ausarbeiten will. Nun ist man da einfach zu spät. Ich gehe schwer davon aus, dass das Beispiel in Birsfelden eben von Beginn an so vorgesehen war. Dann geht die Strategie auf. Aber einfach jetzt noch etwas oben drauf zu türmen, davon raten wir ab.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, geschätzte Anwesende. Ich verstehe absolut euer Argument und weshalb ihr es vorbringt. Denn ja, es geht Wohnraum verloren, und der geschaffene Wohnraum ist vielleicht – das wissen wir nicht – teurer als der, welcher verloren geht. Es sind aber dann auch neue Wohnungen. Es sind nicht alte Wohnungen, es sind neue Wohnungen. Es gibt Wohnungen in Allschwil, und es gibt genügend Wohnungen in Allschwil, die in einem Preissegment liegen, das ihnen entspricht. Das Argument aber, wir müssten günstigen Wohnraum schaffen, damit die Leute nach Allschwil kommen, um hier zu wohnen, funktioniert für mich in diesem Sinn nicht. Denn eigentlich sollte unser Ziel als Gemeinde sein, Leute anzuziehen, die bereit sind, Mieten vielleicht im mittleren Segment zu bezahlen, und auch Steuern zu bezahlen. Das sollte die Idee sein von uns als Gemeinde. Das, was ihr wollt, widerspricht ein wenig dem, was vielleicht die Interessen der Gemeinde sein sollten. Danke.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich spreche nun nicht als KBU-Präsident, sondern für mich selbst. Der Wohnungsmarkt ist ein Markt. Da kann man machen, was man will. Man kann in einen Markt eingreifen, aber es ändert sich nichts daran, dass ein Markt halt irgendwie dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgt. Man kann punktuell eingreifen. Man kann Höchstmietzinsen festlegen, man kann das Mietrecht so oder anders ändern, dass aber die Marktmechanismen spielen, wird sich nie ändern. Wenn man irgendwo das Angebot vergünstigt, dann bedeutet das, dass die Nachfrage steigt. Und das bedeutet, dass dann die Mieten auf dem verbleibenden, freien Wohnungsmarkt tendenziell eher steigen. Aus diesem Dilemma kommt man nie heraus. Was man machen kann, wenn man will, dass es günstigen Wohnraum gibt, ist, dass man dafür sorgt, dass es auch wirklich genügend gibt. In diesem Projekt wird verdichtet. Es werden zusätzliche Wohneinheiten geschaffen. Das ist es, was man letztlich tun muss, um die Situation auf dem Wohnungsmarkt, die zum Glück auch in Allschwil nicht so stark angespannt ist, zu entspannen. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich bin froh über das Votum von Matthias, dass der Markt spielt, ob man nun eingreift oder nicht. Das ist richtig. Und es bestätigt auch das, was ich zuvor erwähnte: Der Markt

spielt, er geht immer an Grenzen von dem, was er machen kann. Wenn ich es aber jetzt richtig verstanden habe, einfach um es richtigzustellen: Ist es effektiv das Ziel dieser Gemeinde, Wohnraum für den Mittelstand, nur für den Mittelstand, zu erzeugen? Das klingt aber sehr danach. Das Ziel der Gemeinde muss doch sein, dem Mittelstand Wohnraum zur Verfügung zu stellen. Ja, natürlich muss dieser auch versorgt werden, aber die sozial Schwächeren müssen auch versorgt werden. Insofern einfach zu sagen: Phö, wir müssen an den Mittelstand denken. Das kann es wohl nicht sein!

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Vielleicht kurz Corinne Probst und danach Flavio Fehr.

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Ich habe nur ganz kurz. Nein, das war nicht die Idee. In diesem Block, also in dieser Überbauung, die abgerissen wird, wenn ich richtig orientiert bin, gibt es keine Sozialwohnungen. Wenn dort Sozialwohnungen enthalten wären, dann muss ich auch klar sagen: Ja, dann muss man schauen, dass sie sicher erhalten bleiben, dass dieser Wohnraum nicht verschwindet. Aber die sind nicht vorhanden. Dann soll wirklich der freie Markt spielen können. Und wir benötigen in Allschwil für alle, für alle Wohnraum, bezahlbaren Wohnraum für solche, die nicht viel bezahlen können. Aber, es soll auch Wohnraum für Mittelständige geben können, die bereit sind, es zu bezahlen. Es ist, finde ich, nicht unsere Aufgabe, jetzt dem Investor vorzuschreiben, wie er seine Mieten oder seine Verkaufspreise ausgestalten muss. Denn, da gibt es doch immer noch das Gesetz, welches auch etwas dazu zu sagen hat. Ich gehe nun nicht weiter darauf ein. Stephan Wolf hat es genügend ausgeführt. Es gibt da auch Schranken. Danke.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Flavio Fehr!

**Flavio Fehr**, SP-Fraktion: Geschätzter Rat, liebe Anwesende. Zwei Sachen. Einmal zum Markt, der sich reguliert und funktioniert: Ich selbst arbeite in der Sozialhilfe und weiss, wie schwierig es für Menschen ist, die einen sehr tiefen Grenzwert haben, Wohnungen zu suchen. Ich arbeite zwar in Basel, aber dies gilt auch sonst für die Schweiz. Es ist überall sehr schwierig. Ich mache nun einfach ein Beispiel, wie der Markt funktioniert, dort, wo ich es mitbekomme. Es gibt Wohnungen, es gibt Liegenschaften, wo Vermieter sind, die es so machen, und weil die Regel sagt, es ist okay, eine 4-Zimmerwohnung einzeln an jeweils eine Person zu vermieten und für ein Zimmer nachher 1200 Franken zu verlangen. Diese Wohnungen sehen schäbig aus und ebendarum hat es in Basel eine Kompetenzstelle *Soziales Wohnen* gegeben. Ähnliche Problematiken gab es auch in Zürich mit Gammelwohnungen. Das ist ein Problem des Markts. Genau das ist das Problem. Der Markt funktioniert nicht.

Wir Menschen sind nicht so, dass wir anständig sind. Im Ganzen schon. Aber es gibt immer einzelne schwarze Schafe darunter. Wenn man es nicht reguliert, haben die schwarzen Schafe die Möglichkeit, genau das zu tun, was sie tun, und zwar so viel Geld anzuhäufen wie möglich, und das schwächste Glied dieser Gesellschaft, die armen Leute, auszunutzen. Ich finde, eigentlich sollte unsere Gemeinde, die sich zu einer Gemeinde zählen kann, die finanziell gut dasteht, dazu stehen können und sagen: Der Wohnraum wird geschaffen, es wird mehr Wohnraum geschaffen, aber wir schützen auch die Ärmsten dieser Gesellschaft und das schwächste Glied, denn daran werden wir schlussendlich als Gesellschaft auch gemessen. Nicht an den Starken, an den Investoren, welche die Kohle haben, um andere auszunutzen. Sondern daran, wenn wir sagen, wir schützen das schwächste Glied in der Kette. Danke vielmals.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weitere Wortmeldung.

**Mehmet Can**, Präsident: Dann kommen wir sogleich zum **Antrag von Lucca Schulz**. Wer dem Antrag so folgen will, soll jetzt bitte mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir!

://:

Sie haben diesen **Antrag** mit 20 Nein, 13 Ja und 1 Enthaltung **abgelehnt**.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrte Damen und Herren. Ich will nun noch zum **dritten Antrag** kommen, merci fürs Auflegen. Ich werde ihn nach diesem Votum zurückziehen, weil die Mehrheit hier leider so ist, wie sie ist. Ich bedanke mich bei Henry Vogt, du hast es immerhin klar gesagt: Wir wollen das nicht. Das finde ich ... ja, das ist die Haltung, aber es ist immerhin eine Haltung. Ich teile aber diese Haltung nicht. Ich glaube, eigentlich teilt auch die Mehrheit der Bevölkerung diese Haltung nicht.

Und ich bin eigentlich Corinne Probst dankbar, dass du gesagt hast, dass wir ein Problem haben, oder wir da vorwärts machen müssen, dass wir Wohnraum auch für den finanzschwachen Teil der Gesellschaft schaffen müssen. Wir werden es weiterverfolgen. Ich muss einfach noch einmal konstatieren: Die Mehrheit des Rats hat es leider nicht für notwendig erachtet, in einem Perimeter, wo günstiger Wohnraum verschwindet, für immerhin einen Teil des neuen Wohnraums Regelungen festzulegen, die es immerhin eingeschränkt hätten. Es ist, wie es ist. Wir werden es nicht aufgeben. Es tut mir leid für die Leute, die jetzt dann ausziehen müssen oder die Wohnung verlieren, und sich keine angemessene, günstige Wohnung leisten können. Insofern **ziehe ich meinen Antrag zurück**.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Damit geht es weiter im Text. Vielleicht machen wir Nummer 7 noch einmal.

**Alfred Rellstab**, 2. Vizepräsident: Ja, genau. Also, noch einmal:

#### 7. Schlussbestimmungen Seite 16

keine Wortmeldung

#### BESCHLÜSSE Seite 17

keine Wortmeldung

**Alfred Rellstab**, 2. Vizepräsident: Ganz zum Schluss noch:

#### QUARTIERPLAN

keine Wortmeldung

**Mehmet Can**, Präsident: Gut, besten Dank. Somit stellen wir fest, dass die Beratung abgeschlossen ist und ...

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: ... Ueli Keller, Entschuldigung!

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, ja.

**Ueli Keller**, parteilos: Ich komme etwas spät. Ich weiss. Ich habe noch eine Frage, die über dieses Reglement hinausgeht. Ich gehe davon aus, dass es in diesem Quartier Weiherweg nicht nur das Thema von Abstellplätzen und von Spielplätzen und von Parkplätzen, sondern auch von Bildungsplätzen gibt. Hat man daran gedacht, dass es dort mehr Kinder gibt? Nehme ich an. Und, hat man für sie Bildungsplätze? Ich denke nun nicht an Kindergartenkinder, dies ist erwähnt. Ich denke nun an Schulkinder. Ich wäre daran interessiert, dazu ausserhalb der Diskussion um das Reglement eine Antwort zu erhalten.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt, ist das möglich?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ja, selbstverständlich. Das ist natürlich bei der Bevölkerungsstatistik, respektive bei der Bevölkerungsprognose so. Und übrigens auch weitere Quartierpläne, die noch anstehen, sind natürlich selbstverständlich berücksichtigt.

**Mehmet Can**, Präsident: Gut, jetzt stellen wir fest, dass die Beratung abgeschlossen ist. Und stellen gleichzeitig auch fest, dass das Geschäft 4795 A, 2. Lesung des Quartierplanreglements und Quartierplan somit abgeschlossen ist. Wir kommen nun zu den **Anträgen der Kommission für Bauwesen und Umwelt**.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Bauwesen und Umwelt zu beschliessen:

*Der Quartierplanung Weiherweg, bestehend aus revidiertem Quartierplan und Quartierplanreglement, wird mit den Reglementsänderungen gemäss Anhang zugestimmt. Sie wird dem Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.*

Wer diesem Antrag folgen will, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Sie haben diesem **Antrag** mit 21 Ja, 8 Nein und 5 Enthaltungen **zugestimmt**.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung**. Wer das Geschäft als Ganzes abschliessen möchte, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Sie haben diesem **Antrag** mit 30 Ja, 3 Nein und 1 Enthaltung **zugestimmt**.

Ich würde vorschlagen, dass wir jetzt noch zehn Minuten Pause einläuten. Dann sehen wir uns um 20.25 Uhr wieder hier.

PAUSE

**Mehmet Can**, Präsident: Liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir kommen jetzt zu unserem nächsten Traktandum. Das ist das Geschäft ... – Entschuldigung, Info-Fenster und Fragestunde. Wir haben ein paar Fragen. Stimmt, ja. Herr Andreas Bammatter möchte etwas sagen.

#### INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Werter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Anwesende. Ich darf Ihnen zwei Dinge bekanntgeben. Das eine haben Sie bestimmt schon gesehen. Das ist die Skulpturenausstellung *Skulptur 26 Spiel* auf der Wegmatten, die am 2. April eröffnet wurde und an deren Vernissage viele Leute teilgenommen haben. Ich empfehle, sie zu besuchen. Man kann wieder sehen, was Kunst und Kultur zusammenbringt.

Zudem habt ihr alle von René Küng diese Karte *Für einmal klein*, René Küng ist ein bekannter Allschwiler. Er wohnt zwar jetzt in Schönenbuch, aber er hat viele Sachen gemacht, von denen man vielleicht gar nichts weiss. Aber jene, die ins Neuallschwiler Schulhaus zur Schule gingen: Der Leu ist von ihm. Jene, die ins Breiteschulhaus gingen: Da hatte man früher noch den Mond und die Wolke. So hat er z. B. auch in der Kulturkirche Theresia den Altarraum gemacht. Er ist mit verschiedenen Objekten präsent. Nun hat er mal seine Modelle zusammengesammelt oder noch gehabt und hat sie im Museum ausgestellt. Morgen Abend, man sieht es auf der Rückseite der Karte, ab 18 Uhr. Jene, die Zeit und Lust haben, sind zu der Vernissage eingeladen. Ich empfehle das. Ihr seht, wir machen etwas im Museum und ihr sowie alle Menschen von Allschwil seid eingeladen. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Eine Information, die ich gerne weitergeben möchte: Ende März, noch kurz vor den vergangenen Osterferien, ist von der Versorgungsregion Allschwil Binningen Schönenbuch der Präsident, André Knubel, per sofort zurückgetreten. Dies hatte zur Folge, dass ich am anderen Tag die Arbeit und die Sitzung interimistisch leiten musste und dort somit auch interimistisch das Präsidium habe. Ich finde, es ist wichtig, dass der Einwohnerrat weiss, was mit dieser Versorgungsregion geht. Wir werden schauen, wie wir uns in Zukunft aufstellen, konstituieren werden. Jetzt am Anfang werde ich die Geschäfte vorerst mal so führen. Alles Weitere wird man bestimmt vernehmen.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich sehe keine weiteren Info-Fenster der Gemeinderäte, nein. Dann kommen wir gleich zur Fragestunde. Mir liegen eine, zwei, drei, vier Fragen vor. Herr Christian Jucker, Sie haben eine Frage eingereicht. Bitte vielleicht noch kurz die Frage für das Protokoll lesen. Danke schön.

## FRAGESTUNDE

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrter Gemeinderat. Es ist betreffend Budgetantrag, Ersatz Bodenbeläge, Schulhaus Neuallschwil. An der Dezembersitzung hat der Einwohnerrat den Budgetantrag 4786 B.28 auf dem Konto 2370, Schulliegenschaften, über 250 000 Franken für einen Ersatz des Bodenbelags im Schulhaus Neuallschwil verabschiedet. Wir fragen den Gemeinderat: Welche Lösung wurde gewählt und wann ist mit der Durchführung dieser Massnahme zu rechnen, und bis wann sollten die Arbeiten abgeschlossen sein?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Christoph Morat!

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Herr Präsident, geschätzte Anwesende, lieber Christian. Welche Lösung wurde gewählt? Also rein informativ kann man dem Einwohnerrat schon sagen, was der Gemeinderat entschieden hat und wie die Verwaltung es umsetzt. Der Einwohnerrat hat uns bekanntlich den Auftrag erteilt, diese Böden zu ersetzen. Wir fanden damals, es ist noch nicht unbedingt notwendig, aber wir kommen natürlich dieser Aufgabe gerne nach. Der Gemeinderat hat nach fachlicher Prüfung – also wir hatten bewusst Nachhallzeiten in Schulräumen mit Teppich, wo jetzt noch Teppich drin ist, und solche, die wir bereits mit Linoleum ausgestaltet haben, – bewusst eine Nachhallmessung durchgeführt. Diese unterscheiden sich nur wenig voneinander. Deshalb können wir guten Gewissens den doch hygienischeren und vom Unterhalt her etwas günstigeren Linoleum in Betracht ziehen. In der Anschaffung ist er etwas teurer als der Teppich, der dort liegt. Aber wir haben uns für das Linoleum entscheiden können, nachdem wir sauber abgeklärt haben, wie es sich mit dem Schall verhält. Denn ich habe Ihnen bereits im Winter gesagt, ich möchte nicht in einem halben Jahr von der Schule einen nächsten Budgetantrag erhalten oder dass man Schallschutzelemente an die Decke montieren muss. Wir konnten aber damit gewissenhaft umgehen.

Die Umsetzungsplanung wurde bereits gestartet. Dazu gehören natürlich die Ausarbeitung der Ausführungsvarianten, die Prüfung der Machbarkeit, wie ich es zuvor erwähnte, die Organisation der notwendigen Umzüge, die Einholung von Offerten etc., Vorinformation natürlich der Schulleitung, das ist ein operatives Geschäft, und die Umsetzung erfolgt im Rahmen des bewilligten Budgetkredits während der Sommerferien 2026. Es ist geplant, dass wir 44 Klassenzimmer mit diesen Böden und mit diesem Geld ausstatten können. Acht Zimmer haben wir bereits in den vergangenen fünf Jahren so erneuert. Das Ziel ist, dass die Arbeiten innerhalb der Sommerferien 26 vollständig abgeschlossen werden können. Man kann dann ... – in der zweiten Jahreshälfte gibt es dann auch noch eine Fragestunde. Dann kannst du noch einmal kommen und fragen, ob es gelungen ist.

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ja, ich sage einfach Dankeschön für diese detaillierten Informationen. Merci.

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Romina Stefanizzi, Sie haben auch eine Frage.

**Romina Stefanizzi**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich habe gefragt, weshalb auf der Homepage *Das Haus für Kultur und Geschichte* auf den personellen Engpass hingewiesen wird. Denn grundsätzlich war einmal, dass der Betriebsaufbau 2024/25 war. Es stand so da, dass nun eigentlich alles reibungslos funktionieren soll. Was ist der Grund für den personellen Engpass? Danke vielmals.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Andreas Bammatter!

**Andreas Bammatter**, Gemeinderat: Ich muss Ihnen mitteilen, dass seit Mitte Januar 26 Nadia Buser krankheitsbedingt und für unbestimmte Zeit ausfallen wird. Wir haben eine Vakanz gefunden für 40 %, die den notwendigen Teil oder den allernötigsten Teil auffangen kann, und es gelingt uns, das Programm durchzuziehen.

**Mehmet Can**, Präsident: Romina Stefanizzi, noch eine Frage? Gut. Dann haben wir Ueli Keller, der auch noch eine Frage stellt. Bitte auch noch kurz, schnell für das Protokoll die Frage vorlesen. Danke schön.

**Ueli Keller**, parteilos: Geschätzte Anwesende. Ich möchte gerne fragen, wo der Gemeinderat mit der Schulbauplanung steht, und wie es damit in der Schulleitung und dem Schulrat geht.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Gemeinderat Christoph Morat!

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ja, Ueli, herzlichen Dank auch für diese Frage. Es gibt mir doch die Gelegenheit, etwas über die Schulraumplanung zu sagen. Nach dem einstimmigen Beschluss des Einwohnerrats vom 19. März 25 über den Planungskredit zur Schulraumplanung hat der Gemeinderat die Arbeiten umgehend und mit hoher Priorität aufgenommen. Wir mussten dafür auch einiges an Ressourcen auf der Verwaltung freimachen. Das Ziel ist, eine langfristig tragfähige, finanziell verantwortbare Lösung für die Schulraumfragen in Allschwil zu erarbeiten. In einem ersten Schritt haben wir die strategischen Grundlagen erarbeitet. Diese umfassen insbesondere die künftigen Ausgestaltungen der Schulstandorte, benötigte Raumkapazitäten, den Umgang mit Provisorien während der Bauphasen sowie Fragen zur Nutzung von Infrastruktur, z. B. der Sportanlagen, Musikschulen oder Tagesstrukturen. Ebenso wurden Planungen für die beiden zentralen Standorte Bettenacker und Schulzentrum Neuallschwil konkretisiert und die finanziellen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen festgelegt.

Parallel dazu haben wir eine Projektorganisation gemäss anerkannten Projektmanagementstandards aufgestellt. Und der Steuerungsausschuss hat seine Arbeit am 31. Oktober 25 aufgenommen und tagt seither fortlaufend, so, wie es im Projektstand erforderlich ist. Das Einbinden der Schulakteure erfolgte frühzeitig und strukturiert. Bereits im Vorfeld wurden mit einer Begleitgruppe organisatorische Grundlagen erarbeitet, der Projektauftrag erstellt sowie die erste Sitzung des Projektausschusses vorbereitet. Diese fand unter Einbezug der Schulleitungen und der Tagesstrukturen statt. Seit 7. November wurden auch die Schulräte formal in die Projektarbeit eingebunden, und nehmen in den vorgesehenen Gremien teil. Mit *Schulrat* sind der Musikschulrat und der Schulrat der Primarschule gemeint.

Der Gemeinderat wird den Prozess weiterhin konsequent führen und bei Bedarf die notwendigen Erwartungen und Rahmenbedingungen präzisieren, damit die erforderlichen Entscheidungsgrundlagen termingerecht und in der geforderten Qualität dem Einwohnerrat vorliegen. Zusammenfassend kann ich festhalten, dass sich die Schulbauplanung inhaltlich und organisatorisch auf Kurs befindet. Gleichzeitig ist es aber entscheidend, dass alle Beteiligten ihre Verantwortung im weiteren Verlauf vollumfänglich weiterhin in dieser Form und mit diesem Engagement wahrnehmen.

Wie es der Schulleitung und dem Schulrat damit geht, kann ich leider nicht beantworten. Das müsstest du dort nachfragen. Wir stellen im Steuerungsausschuss fest, dass wir mit den beiden Vertretern von Musikschulrat und Primarschulrat ein gutes Einvernehmen haben, und dass dort konstruktiv gearbeitet wird, und wir dort auch, meiner Meinung nach, zielgerichtet weiterarbeiten können.

**Ueli Keller**, parteilos: Danke schön. Das klingt gut von unterwegs. Kann man noch fragen, wann der Prozess, den du skizziert hast und der gut angelaufen ist, so weit fertig ist, dass der Einwohnerrat dann mal eine Entscheidungsgrundlage erhält? Oder weiss man das nicht?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Das kann ich zum heutigen Zeitpunkt noch nicht genau sagen, wann der Einwohnerrat mit einer nächsten Entscheidung eingebunden wird. Wir müssen nun zunächst eine Machbarkeitsstudie durchführen, was alles auf dem Bettenackerareal möglich ist. Dies ergibt dann natürlich auch den Entscheid, was alles auf dem Neuallschwiler Areal stattfinden muss. Das Bettenackerareal, das wisst ihr, ist begrenzt, das hat plus/minus 10 000 m<sup>2</sup>. Und ob man dort alles für die Schule verbauen will und die armen Hündeler wieder an einen anderen Ort schicken muss, wird sich im weiteren Projektverlauf weisen. Natürlich hat die Schule das Vorrecht und den Vortritt. Es ist aber nicht ganz einfach, diese Sachen dort auf so wenigen Quadratmetern unter einen Hut zu bekommen.

Was ich noch erwähnen wollte: Der Einwohnerrat hatte ja bestimmt, dass die KBU als eine Art Echogruppe oder Begleitgruppe fungieren soll. Wir haben festgestellt, dass es einfacher ist, dass, bevor Entscheidungen im Gemeinderat gefällt werden, diese Echogruppe einbezogen wird. In der KBU sind bekanntlich alle Fraktionen vertreten. Diese können das, was sie dort hören, in die Fraktionen weitertragen. Das ist sogar hilfreich, so, dass ein gewisses Wissen doch allgegenwärtig sein wird.

**Ueli Keller**, parteilos: Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Fürs Protokoll kurz: Die Nachfrage kam von Ueli Keller und beantwortet hat sie Gemeinderat Christoph Morat. Mark Aellen hatte noch eine Frage.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ja, danke schön. Es sind sogar drei Fragen. Die erste Frage ist etwas, was mich beschäftigt, seit ich in der FIREKO bin. Die FIREKO hatte angemahnt, dass man längstens einmal das FEB-Reglement überarbeiten sollte. Deshalb die Frage an den Gemeinderat: Wo stehen wir?

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Gemeinderätin Silvia Stucki!

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, lieber Mark. Vielen Dank für deine Frage betreffend Stand der Überarbeitung zum FEB-Reglement. Das revidierte FEB-Reglement wurde vom Gemeinderat nach den zuvor erfolgten kantonalen Vorprüfungen zuhanden des Einwohnerrats verabschiedet. Das Einwohnerratsbüro hat dieses Geschäft am 17. November 2025 an die Kommission für Kultur und Soziales zur Beratung überwiesen. Dort liegt dieses Geschäft momentan. Besten Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Mark Aellen, Sie haben eine weitere Frage?

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Nein, ich frage nicht nach. Ich richte mich wirklich nach dem, was mir gegeben wird, und ziehe meine Schlüsse daraus. Die zweite Frage ist: Wir haben ein anderes Reglement, welches wir auch überarbeiten sollten. Das ist das Reglement über die Beiträge an die Pflege zu Hause. Wo stehen wir dort?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Das wurde am 18.3. vom Gemeinderat verabschiedet und liegt jetzt bei der KKS.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Danke schön. Und die letzte Frage. Wir hatten schon mehr Bauprojekte, bei denen Alterswohnungen oder Wohnen im Alter, betreutes Wohnen im Alter vorgesehen waren. Wir haben gesehen, dass es mit der Vergabe nicht unbedingt immer klappt. Deshalb lautet meine Frage: Wir hatten ein solches Projekt auch im Bauprojekt Zentral. Wie ist es herausgekommen? Haben wir einen Einblick in den Mieterspiegel und sind die Erwartungen der Gemeinde erfüllt?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, geschätzter Einwohnerrat. Auch dazu kann ich eine Antwort geben. Den Mieterspiegel haben wir. Aktuell haben wir einen Altersdurchschnitt von 57,6. Dieser ist aber so tief, weil auch sieben Personen darin wohnen, die einen Flüchtlingsstatus B oder S haben. Diese senken natürlich den Altersdurchschnitt. Ohne diese Leute wären es 64,4. Damit wären wir nicht schlecht dabei, wenn wir es machen würden. Eine Wohnung ist noch nicht vermietet. Da gibt es also auch noch die Möglichkeit, um den Altersdurchschnitt zu heben. Grundsätzlich steht man, was das angeht, im Vergleich zu anderen Projekten mit 64,4 nicht so schlecht da. Selbstverständlich gibt es noch Verbesserungspotenzial, das ist auch klar. Ist das okay so?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Als klärende Nachfrage: Status S, ist das Alter? Nein, das ist Flüchtling! Heisst das, es wurde auch wieder zweckentfremdet?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Gemeinderat Philippe Hofmann!

**Philippe Hofmann**, Gemeinderat: Streng reglementarisch gesehen, selbstverständlich, das ist so, es hat nichts mit Alter zu tun, es sind Geflüchtete, die dort drin sind, das ist klar. Jetzt, wenn der Einwohnerrat es gerne möchte: Wir könnten diese Leute natürlich schon auffordern und auf die Strasse stellen, oder sie sollen sich eine andere Wohnung suchen. Ich weiss allerdings nicht, ob dies eine zweckmässige oder bessere Lösung ist. Wenn man dies unter dieser Güterabwägung so nimmt, ist die Sicht eher so, dass man sagt: Diese Personen müssen auch irgendwo untergebracht sein. Ich habe zuvor

viel gehört von den Schwächsten in der Kette und schutzbedürftigen Leuten. Unter dieser Güterabwägung ist es eher so, dass man sagt: Wir haben nun diese Wohnungen, die wir dort haben. Darin wohnen sieben Leute. Das sind nicht wahnsinnig viel. Es zieht natürlich aufgrund deren Alters den Altersschnitt runter. Eines Tages wird es auch einmal enden. Zudem hätten wir eine Wohnung, die noch frei ist, also eine vorhandene, könnten wir sicher zudem vermieten. Sollte die Nachfrage dringend steigen, muss man halt schauen, wie man in der ganzen Versorgungsregion mehr oder weniger disponieren könnte. Es ist bestimmt nicht die Idee, dass man sie in dieser Form langfristig nutzen will, sondern es war eine Massnahme, die man aufgrund einer eingetretenen Situation nun mal auf diese Art lösen musste. Es ist nicht ganz konform wegen des Alters, selbstverständlich, das ist richtig, das müssen wir gar nicht schönreden. Auf der anderen Seite: Was wäre die Option gewesen, hauptsächlich für diese Leute?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Da ich eine Frage gestellt bekommen habe: Billigen Wohnraum schaffen! Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Martin Imoberdorf, Sie haben noch eine Frage?

**Martin Imoberdorf**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich habe eine kurze Frage zur neuen Gemeindeforum. Über diese spricht man schon längere Zeit. Meine Frage ist: Wie ist der momentane Stand der Planung, und gibt es eventuell bereits ein Zieldatum für eine Online-Schaltung?

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Gemeinderätin Silvia Stucki!

**Silvia Stucki**, Gemeinderätin: Geschätzter Präsident, liebe Anwesende, lieber Martin. Vielen Dank auch für diese Frage betreffend Stand der Planung der neuen Gemeindeforum. Die Entwicklung der neuen Gemeindeforum ist ein Legislaturziel 2024 bis 2028, das sich der Gemeinderat mit folgendem Wortlaut setzte: Eine zielgruppenorientierte Website wird basierend auf den Ergebnissen des Projekts *Digitale Gemeinden BL* aufgeschaltet. Der Gemeinderat hat am 25. März 2024 die erforderlichen Ressourcen für eine professionelle Projektführung gesprochen und das Projektführungsmandat vergeben.

Der Zeitplan sieht jetzt wie folgt aus:

- Phase 1, Initialisierungsphase vom April bis Juni 2024. Das Ergebnis dieser Phase ist ein Projektauftrag, der das Ziel, die Lieferobjekte, die Projektorganisation, den Terminplan und die Meilensteine aufzeigt. Dieser Projektauftrag wird somit gemäss der Planung noch vor der Sommerpause dem Gemeinderat zur Freigabe vorgelegt.
- Dann Phase 2, Konzeption, ist für Juli bis Oktober 2024 angedacht,
- und Phase 3, die Umsetzung, für November 2024 bis März 2025.

Somit sollte die Online-Schaltung voraussichtlich anfangs Q2 2025 erfolgen. Vielen Dank.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Martin Imoberdorf, ist gut? Okay. Ich gehe davon aus, dass die Fragestunde somit erschöpft ist. Wir kommen gleich zu unserem nächsten Traktandum.

Das wäre das Geschäft 47... – Entschuldigung?

**Nicole Morellini**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Ich hätte auch noch eine Frage gehabt.

**Mehmet Can**, Präsident: Oh, Entschuldigung. Dann, bitte!

**Nicole Morellini**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzte Mitglieder des Gemeinderats, geschätzte Anwesende. Anfang April wurde die Bevölkerung darüber informiert, dass Private ein biologisches Larvizid auf der Gemeindeverwaltung beziehen können. Es geht um die Bekämpfung der Tigermücke. Dazu stehen wöchentlich zwei Zeitfenster zur Verfügung, nämlich Dienstag und Donnerstag, jeweils von 9.30 bis 11.00 Uhr. Die Beschränkung der Larvizid-Abgabe erscheint mir wenig kundenfreundlich und erschwert unter anderem berufstätigen Einwohnerinnen und Einwohnern, das Larvizid zu beziehen. Da die Bevölkerung eine Schlüsselrolle in der Bekämpfung der Tigermücke spielt, frage ich den Gemeinderat, ob es möglich ist, dieses Zeitfenster auszudehnen. Gewünscht werden flexiblere Abgabenzeiten, die sich u.a. an den Lebensrealitäten der arbeitenden Bevölkerung orientieren. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Fürs Protokoll, das war Nicole Morellini. Entschuldigung, es war mein Fehler, Sie haben diese Frage sogar noch schriftlich abgegeben. Ich habe sie übersehen, tut mir leid. Herr Robi Vogt!

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Geschätzter Präsident, werte Damen und Herren. Die Abgabe des biologischen Larvizids erfolgt im Rahmen der kantonalen Strategie zur *Bekämpfung der asiatischen Tigermücke*. Die Gemeinde engagiert sich in diesem Bereich überdurchschnittlich im Kanton und setzt die Vorgaben damit konsequent und mit zusätzlichen, eigenen Massnahmen um. Während der Tigermücken-Saison, die jetzt gestartet hat und bis im Oktober dauert, führt die Gemeinde im 6-Wochen-Rhythmus umfassende Bekämpfungseinsätze im öffentlichen Raum durch. Dabei behandeln vier Mitarbeiter der Regiebetriebe jeweils während einer Woche systematisch sämtliche Einlaufschächte und Schlammsammler auf öffentlichem Grund mit diesem biologischen Larvizid. Damit erfüllt die Gemeinde nicht nur die obliegenden Aufgaben im öffentlichen Raum, sondern leistet einen wesentlichen Beitrag zur Reduktion der Mückendichte und zur Eindämmung einer weiteren Ausbreitung.

Ergänzend unterstützt die Gemeinde auch die Bevölkerung im privaten Bereich, für welchen grundsätzlich die Grundeigentümer verantwortlich sind, eben durch die Abgabe dieses Larvizids. Das Angebot geht über die Grundanforderung hinaus und wird im übrigen Kanton nicht flächendeckend angeboten. Der Gemeinderat wird jetzt evaluieren, ob und in welcher Form die Bezugszeiten ausgeweitet werden sollen oder allenfalls alternative Bezugsmöglichkeiten geschaffen werden können. Wir werden Sie darüber informieren.

**Mehmet Can**, Präsident: Frau Morellini, ist das so gut für Sie?

**Nicole Morellini**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Vielen Dank für diese Ausführungen. Ich mache nur den Hinweis: Die Gemeinde Birsfelden hat auch ein interessantes Modell. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Robi Vogt, darf ich Ihnen noch einmal das Wort geben? Stehen somit weitere Fragen im Raum? Dann ist unsere Fragestunde erschöpft. Wir kommen zu unserem nächsten Traktandum.

01.030      Einwohnerrat

**Traktandum 8**

Bericht des Gemeinderats vom 19.3.2025, sowie der Bericht der Kommission für Bauwesen und Umwelt, vom 17.12.2025, betreffend Teilzonenplan und Teilzonenvorschriften Binningerstrasse - Teilzonenplan, Teilzonenreglement sowie Mutation Baulinien, 2. Lesung  
Geschäftsvertretung: GP Franz Vogt, Geschäft 4773 / A

---

**Mehmet Can**, Präsident: Ich frage den Rat an, ob neue Aspekte vorliegen. Das ist nicht der Fall. Somit kommen wir gleich zur 2. Lesung. Ich bitte den 2. Vizepräsidenten, artikelweise aufzurufen und die Diskussion wird vom 1. Vizepräsidenten geleitet. Danke schön.

TEILZONENREGLEMENT, TEILZONENPLAN

**1. EINLEITUNG** Seite 9

keine Wortmeldung

**1.1 Allgemeine Bestimmungen**

keine Wortmeldung

Art. 1 Bestandteile, Geltungsbereich

keine Wortmeldung

Art 2 Zweck und Ziele Seite 9

keine Wortmeldung

**2. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN** Seite 10

keine Wortmeldung

**2.1 Allgemeine Bauvorschriften** Seite 10

keine Wortmeldung

Art. 3 Parzellenfläche für bauliche Nutzung Seite 10

keine Wortmeldung

Art. 4 Ausnutzungsziffer Seite 11

keine Wortmeldung

Art. 5 Grünziffer Seite 13

keine Wortmeldung

Art. 6 Ermittlung des Gebäudeprofils / Bauabstände Seite 15

keine Wortmeldung

Art. 7 Vollgeschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 8 Untergeschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 9 Dachgeschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 10 Attikageschosse Seite 18

keine Wortmeldung

Art. 11 Klein- und Anbauten Seite 19

keine Wortmeldung

Art. 12 Nutzungsübertragung Seite 24

keine Wortmeldung

**2.2 Gestaltung der Bauten** Seite 24

keine Wortmeldung

Art. 13 Vorinformation und Vorabklärungen Seite 24

keine Wortmeldung

Art. 14 Allgemeine Einpassungen (Gestaltungsgrundsatz) Seite 24

keine Wortmeldung

Art. 15 Siedlungsklimatische Aspekte Seite 25

keine Wortmeldung

Art. 16 Dachformen / Dachgestaltung Seite 25

keine Wortmeldung

Art. 17 Dachaufbauten, Dacheinschnitte, Dachflächenfenster Seite 28

keine Wortmeldung

Art. 18 Energieanlagen / Energienutzung Seite 30

keine Wortmeldung

Art. 19 Artenschutz Seite 30

**2.3 Gestaltung der Umgebung** Seite 31

keine Wortmeldung

Art. 20 Gestaltung der Umgebung im Siedlungsgebiet

keine Wortmeldung

Art. 21 Bäume im Siedlungsgebiet Seite 32

keine Wortmeldung

Art. 22 Umgebungsplan Seite 36

keine Wortmeldung

Art. 23 Einfriedungen entlang der Binningerstrasse Seite 37

keine Wortmeldung

Art. 24 Nebenanlagen Seite 38

keine Wortmeldung

**3. ZONENSPEZIFISCHE BESTIMMUNGEN** Seite 39

keine Wortmeldung

Art. 25 Nutzungszonenvorschriften Seite 39

keine Wortmeldung

**3.1 Wohn-/Geschäftszonen und Wohnzonen** Seite 40

keine Wortmeldung

Art. 26 Wohn- und Geschäftszone Letten

keine Wortmeldung

Art. 27 Wohn- und Geschäftszone Langenhag Seite 41

keine Wortmeldung

Art. 28 Wohn- und Geschäftszone Stockbrunnenrain Seite 42

keine Wortmeldung

Art. 29 Wohn- und Geschäftszone Stockbrunnenrain Ziegelei Seite 43

keine Wortmeldung

**3.2 Zentrumszonen** Seite 44

keine Wortmeldung

Art. 30 Zentrumszone Letten Seite 44

keine Wortmeldung

Art. 31 Zentrumszone Ziegelei (West/Ost) Seite 45

keine Wortmeldung

**3.3 Gewerbebezonen Seite 47**

keine Wortmeldung

Art. 33 Gewerbebezonen Ziegelei, Letten und Stockbrunnenrain Seite 47

keine Wortmeldung

**3.4 Zonen für öffentliche Werke und Anlagen Seite 48**

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt, bitte!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ja, der Gemeinderat beantragt, den Art. 32, Zentrumszone Gartenhof, darin zu belassen. Allerdings würde man sie im Abs. 1 als *Zone mit nicht definierter Nutzung* reinnehmen. Absatz 2 käme dann auch weg. Und Abs. 3 - *Es ist mindestens eine 1700 m<sup>2</sup> grosse, zusammenhängende Grün- und Freiraumanlage anzulegen und zu erhalten.* – würden wir gerne darin belassen. Und bei den Erklärungen, würde man alles, was zur Tramwendeschleife beschrieben ist, löschen. Dies wäre der **Antrag des Gemeinderats**, also so, wie der Art. 32 im Antrag des Gemeinderats umschrieben ist.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Gibt es dazu weitere Wortmeldungen? Henry Vogt, bitte!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe nun nicht ganz verstanden, welchen Einfluss es hat. Die Frage vielleicht an die KBU: Welchen Einfluss hat diese Änderung des Gemeinderats betreffend die Abstimmung der Tramschleife, die wir uns wünschen?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli, kann ich dir das Wort geben? Okay.

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich habe nun auch nicht vollständig verstanden, was der Antrag ist. Geht es einfach darum, zur ursprünglichen Version des Gemeinderats zurückzugehen? Dabei wäre die Konsequenz, dass man den Teilzonenplan nicht so wie von der KBU vorgeschlagen, gewissermassen in zwei Themen aufteilt, sondern dann wäre es einfach eine Vorlage, die man daraus machen würde. Wenn man die Abstimmung wünscht, die sozusagen an diesem Art. 32 aufgehängt wird, müsste man es so belassen, wie es die KBU beantragt. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt, bitte!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Eben, der Gemeinderat würde die Umfrage der Version der KBU vorziehen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Wird das ...

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, schnell. Vielleicht eine Verständnisfrage: Herr Matthias Häuptli, die Version der KBU ist jene, die Sie bereits im Bericht haben, oder? Zur Verständnisfrage von Henry Vogt: Noch Fragen? – Entschuldigung?

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Präsident, geschätzte Anwesende. Ich bin irgendwie verwirrt. Sprechen wir nun von einer Umfrage oder sprechen wir von einer Abstimmung?

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich erkläre es noch einmal kurz: Die KBU hat bekanntlich die Vorlage mit verschiedenen Beschlussziffern so aufgeteilt, dass wir den Teilzonenplan beschliessen können, ohne die Parzelle Gartenhof. D. h., diese Parzelle bleibt

sozusagen im ersten Schritt undefiniert. Weisse Zone, sprich, in diesem ersten Teil des Beschlusses wird kein Beschluss gefasst, was mit der Zone Gartenhof passieren soll. Der zweite Beschluss wäre dann, dass man diese Parzelle der Zentrumszone Gartenhof zuweist, so wie es der Gemeinderat beantragt. Dieser zweite Beschluss, und nur dieser bei der Schlussziffer, würde dann dem obligatorischen Referendum unterstellt, sodass explizit darüber abgestimmt werden kann, und man indirekt damit die Meinung zum Tramvorhaben äussern kann. Das ist eigentlich die Idee. Dies ermöglicht man mit dem Vorgehen der KBU. Wenn man es nicht will, dann lehnt man den Antrag der KBU ab. Und ob dann eine Umfrage stattfindet, ist noch einmal eine andere Geschichte. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Präsident, geschätzte Anwesende. Das heisst: Wenn wir den Antrag des Gemeinderats jetzt annehmen würden, fällt das von der KBU ins Wasser. Das heisst, dass der Gemeinderat jetzt eigentlich den Beschluss oder das, was die KBU vorhat, auf diese Weise umgehen will, und dann ist das nicht mehr gültig. Das habe ich richtig verstanden. Wenn wir irgendwo eine Abstimmung oder eine Umfrage, was dann auch immer, über dieses Tram 8 oder diese Schlaufe haben wollen, dann dürfen wir das vom Gemeinderat jetzt nicht annehmen. Das ist so. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt, bitte!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Ja, ich glaube, das ist richtig. Wie zuvor erwähnt, würden wir es vorziehen. Aber natürlich entscheidet der Rat.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident. Weil einfach ein wenig zu befürchten ist, dass es hier gar keine inhaltliche Debatte mehr gibt, würde mich nun wirklich wundern, was denn die anderen Fraktionen und Parteien überhaupt zum Tram sagen, oder was nun die Haltung ist. Denn es war sowohl letztes Mal als auch bis heute nicht Thema. Es wäre vielleicht ein guter Zeitpunkt dafür. Es würde mich Wunder nehmen. Wenn man eine Abstimmung will, ist man tendenziell eigentlich nicht hundertprozentig dafür, oder vielleicht sogar dagegen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Okay, Henry Vogt, schon zweimal!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Ich gebe gerne Antwort. Unsere Haltung der SVP ist klar: Wir wollen, dass das Volk abstimmt, ob das Tram dort kommen soll oder nicht. Das ist unsere klare Haltung. Es soll eine Abstimmung geben, dass das Volk entscheiden soll, ob es dieses Tram dort will. Entsprechend, ob wir diese Wendeschlaufe dort hinten neben der Primarschule Gartenhof haben wollen. Das Volk soll entscheiden. Das ist das, was wir als SVP wollen. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Ueli Keller, Sie haben auch aufgestreckt.

**Ueli Keller**, parteilos: Okay, danke. Ich habe den Antrag des Gemeinderats gar nicht richtig verstanden. Will der Gemeinderat, dass man den ganzen Paragraphen oder Art. 32 streicht, oder will er, dass der Satzteil, «*welches nebst der Tramwendeschlaufe*», gestrichen wird? Oder was überhaupt? Es liegt nichts auf, und ich verstehe es nicht.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Genau, man würde diesen Teil als weisse Zone nehmen, es würde nichts mehr von der Tramwendeschlaufe drinstehen, so letztlich der Antrag der KBU, Antrag 4, würde sozusagen drinstehen. Das ist der Antrag des Gemeinderats.

**Mehmet Can**, Präsident: Entschuldigung, fürs Protokoll: Das war Gemeindepräsident Franz Vogt, der dies beantwortet hat.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthieu Dobler als Nächster – oder Christian Jucker?

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Rat. Danke, Lucca, für diese gute Frage. Denn ich glaube, es ist schon wichtig, dass wir uns hier im Rat mal zu diesem Trämli positionieren. Wollen wir es nun oder wollen wir es nicht? Für mich sind es zwei Fragen. Wir unterstützen das von Henry Vogt. Wir möchten, dass das Volk darüber abstimmt. Denn dies ist nämlich auch das, was der Landrat gefordert hatte, und was nach unserer Meinung wichtig ist. Wir

müssen jetzt wissen: Ist es etwas, was das Volk will? Wir können es nicht am Volk vorbeibauen. Deshalb macht diese Abstimmung Sinn.

Der zweite Punkt: Unsere Fraktion ist einstimmig für die Tram-8-Verlängerung. Wir finden es eine sinnvolle Tramverbindung, die gut ins Quartier passt und ein erster Schritt ist, um die ganze Sache klug zu erschliessen. Wir sehen es nicht als realistisch, das Quartier ohne Trämli sinnvoll zu erschliessen. Es fehlt dazu überhaupt an Kapazität und dann auch der Anschluss in die Stadt. Deshalb werden wir uns dann auch bei einem eventuellen Referendum, je nachdem, was wir abstimmen, dafür einsetzen, dass das Tram kommt. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Simon Trinkler!

**Simon Trinkler**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte auch noch eine kurze Lanze für dieses Tram brechen. Das Tram ist am Schluss im Prinzip ein Stauverhinderer. Wenn Sie denken, dass Sie nun als Automobilist vielleicht einmal in sieben Minuten hinter dem Tram stehen, dann ist das eine sehr kurze Zeit, gemessen an der Zeit, in der man eben nicht dahintersteht, und gemessen an dem, was das Tram an zusätzlichem Individualverkehr von dieser Strasse wegnimmt. Ergo gibt es eigentlich nur eine Variante, wenn man auf dieser Strasse viel als Autofahrer, Autofahrerin unterwegs ist: nämlich für das Tram sein. Denn das Tram entlastet die Strasse. Wenn wir denken, was wir dort zusätzlich an Arbeitsplätzen, an Wohnungen, an Freizeitverkehr, an Fussverkehr vorhaben entstehen zu lassen, dann gibt es auch dort eigentlich nur eine Variante, und das ist, eine vernünftige Erschliessung zu erschaffen. Und eine vernünftige Erschliessung ist schlichtweg das Tram. Deshalb an dieser Stelle inständig auch der Appell an alle, dass man auch als Autofahrer, Autofahrerin für das Tram ist, denn letztlich entlastet es eure Stunden, in denen ihr im Stau steht. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthieu Dobler!

**Matthieu Dobler Paganoni**, SP-Fraktion: Wir als SP haben dieses Geschäft natürlich auch noch einmal eingehend diskutiert. Schliesslich ist es für Allschwil ein wichtiges Geschäft. Wir unterstützen den Teilzonenplan, wir können auch den Vorschlag der KBU mittragen. Wir haben heute über viele Dinge debattiert. Es geht aber nicht nur ums Tram. Uns als SP ist auch wichtig zu betonen: Es geht auch um dringend benötigten Wohnraum, der günstig ist, es geht um eine Aufwertung eines Gesamtquartiers, welches auch klimafreundlich gestaltet wird, es geht um eine Mischung zwischen Gewerbe und Wohnraum. Dies sind alles auch Aspekte, die man manchmal nicht vergessen darf, wenn es so stark nur ums Trämli geht. Aber mit all dieser guten Entwicklung, die wir, glaube ich, als Einwohnerrat wahrscheinlich im Allgemeinen mittragen können, wird es auch mehr Verkehr geben. Die Frage ist nicht, ob sich etwas ändert, sondern wie.

Wir sind auch klar dafür, dass, wenn man ein solches grosses Gebiet, ein so wichtiges Gebiet für Allschwil entwickelt, es wahrscheinlich kurzfristig wäre, dies auch ohne den öffentlichen Verkehr, die Mobilität, mitzudenken. Deshalb setzen wir uns entschieden für die Verlängerung des Trams ein. Es ist aus Sicht der SP nicht ein Nice to have, sondern wirklich eine zentrale Voraussetzung für die Entwicklung dieses Gebiets. Es droht ansonsten einfach mehr Verkehr und längerfristig mehr Belastung, mehr Unmut der Bevölkerung. Es steht dann auch im Raum, dass wir vielleicht ähnliche Fehler wiederholen, die man an anderen Orten in Allschwil auch schon gemacht hat. D. h., wir würden diesen Vorschlag der KBU mittragen. Wir sind auch offen für das Referendum, bei dem die Bevölkerung das letzte Wort hat. Ich glaube, das ist legitim, unter der Tatsache, dass es eine sehr heiss diskutierte Frage ist. Aber noch einmal: Es geht eigentlich nicht nur darum, es geht um viel mehr. Aber wir werden uns mit Überzeugung für dieses Trämli einsetzen, weil es aus unserer Sicht eben beides benötigt: Es benötigt die Verdichtung, aber es benötigt auch einen starken öffentlichen Verkehr.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Henry Vogt – zweimal, eigentlich pro Diskussion. Aber die ersten waren nur reine Fragen, das ist okay.

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Eben, es ist doch erst das zweite Mal, dass ich heute etwas sagen darf. Grundsätzlich habe ich die Frage nun nicht als Werbeveranstaltung für oder gegen das Tram verstanden. Die Frage ist, wie die Haltung ist. Ich meine, dass ein Velofahrer sagt, dass es keinen Stau gibt, weil er an den Autos vorbeifährt, ist offensichtlich. Wenn an der Ziegelei das Tram hält, stehen wir mit den Autos – ich muss mit dem Auto arbeiten gehen, mir bleibt nichts anderes übrig, weil das Zeug, das ich ohnehin hinten drin habe, kann ich nicht in einem Kistenvelo mitnehmen – von der Ziegelei bis Gartenstrasse teils hinter dem Kreisel bis zum Hegenheimerweg. Dann kommen die Franzosen

hinzu, die bis zur Grenze stehen. Wenn man das nicht als Stau betrachtet? Entweder fährt man einfach nicht an diesen Verkehrsknotenpunkten durch oder nicht um diese Zeit, wenn es überhaupt einen Stau gibt.

Für uns ist es wichtig zu wissen: Wollen wir diese Abstimmung, wollen wir sie nicht? Wir halten uns klar dann ans Votum des Volkes. Wenn das Volk eines will, dann machen wir das, wenn es keines will, dann soll man es genau gleich auch einhalten. Es geht uns um das. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Nico Jonasch!

**Nico Jonasch**, FDP-Fraktion: Geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir von der FDP unterstützen den Antrag der KBU und wollen, wie die SVP auch schon erläuterte, dass das Volk das letzte Wort über das Trämli hat: Wollen wir ein Tram, ja oder nein? Wir von der FDP sind klar gegen das Tram. Die Voten, die vorhin kamen, die lasse ich nun einfach so im Raum stehen, über die Automobilisten und über welche Folgen es hat, wenn noch mehr Verkehr kommt.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Wir von der Mitte-Fraktion sind nicht per se gegen den öffentlichen Verkehr, ich will es nun mal neutral formulieren. Ob es ein Tram oder ein Bus ist, kann dahingestellt bleiben. Beim Tram haben wir einfach ein wenig Bedenken wegen der Platzverhältnisse an der Binneringerstrasse, ob es überhaupt hereinpasst, ob dann eine Buslösung vielleicht nicht doch intelligenter wäre. Auch persönlich finde ich es schade, dass das Tram eigentlich letztlich auf halber Strecke stehenbleibt, indem es bereits beim Gartenhof umkehrt. Ich bin aber grundsätzlich gleicher Meinung wie Christian Jucker. Es ist eine Frage, die das Volk entscheiden soll.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Wunder, oh Wunder. Ich stelle wieder einen **Ordnungsantrag auf Abbruch**, weil der Rat offensichtlich nicht die eigenen Regeln einhält. Henry Vogt erhält dreimal das Wort, ich werde abgewürgt, ich erhalte kein drittes Wort. Und die Begründung, dass das eine Fragen sind und das andere eine Meldung, ist hinfällig. Es sind Wortmeldungen, egal ob es eine Frage ist oder nicht. Da wir offensichtlich nicht in der Lage sind, hier Regeln einzuhalten, bin ich dafür, dass wir abbrechen. – Es ist übrigens kein Scherz!

**Mehmet Can**, Präsident: Ich habe es verstanden, Herr Mark Aellen. Entsprechend stimmen wir über den Antrag von Mark Aellen auf Abbruch der Sitzung ab. Wer dafür ist, dass die Sitzung jetzt abgebrochen wird, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

**://:**

Sie haben den **Antrag auf Abbruch** mit 22 Nein, 10 Ja und 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

Wir machen weiter. Herr Tim Söllick, bitte!

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Lucca Schulz, bitte!

**Lucca Schulz**, SP-Fraktion: Sehr geehrter Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, es ist bereits etwas spät abends. Ja, ich hoffe einfach, wir haben daraus gelernt, dass wir Abbruchanträge nur noch stellen, wenn es vor neun Uhr ist bei einer normalen Sitzung, oder sonst vor zehn Uhr. Ich bin eigentlich froh darum, dass man nun endlich mal inhaltlich über das Tram diskutiert. Das haben wir unterlassen. Eigentlich ist der Einwohnerrat auch der Ort, an dem man die wichtigen Sachen, welche die Gemeinde betreffen, diskutieren müsste. Da bin ich jetzt auch wirklich froh, dass sich die Parteien doch noch geäußert haben. Immerhin hat die FDP klar gesagt, dass sie dagegen ist, und Die Mitte gespalten, so klang es für mich, und die SVP, so wie ich nun dein Votum verstanden habe, bist du eigentlich klar gegen das Tram, aber möchtest, dass das Volk entscheidet. Ich gehe daher davon aus, dass auch die SVP dagegen ist.

Was ich einfach noch zu den Argumenten sagen muss, die mich schon ein wenig überraschen: Man hat Angst vor Stau, dass mehr Stau kommt. Gleichzeitig will man das Gebiet entwickeln, damit es auch mit Autos erschlossen werden kann. Was ist dann die Konsequenz? Wenn wir das Gebiet entwickeln, werden dort mehr Autos sein. Vor allem, wenn man nicht auf anderem Weg vernünftig wie mit dem Tram

hinkommt. Dann werden doch mehr Autos hinfahren? Das Problem, welches ihr bekämpfen wollt, dass es weniger Stau gibt, das erschafft ihr nämlich erst dadurch, dass ihr gegen das Trämli seid. Denn es geht doch eigentlich nur um diese Frage: Wie bekommt man Leute am effizientesten von A nach B? Und da ist es einfach so, das mag nicht allen gefallen, aber das Effizienteste ist das Velo und das zweiteffizienteste ist das Tram, das am meisten Leute auf dieser Fläche transportieren kann. Dies ist nun mal auch effizienter als der Bus. Deshalb wäre es doch sinnvoll, weil wir den Platz, worauf wir die Leute transportieren können, halt nicht vergrössern können, wir können die Strassen nicht in jede Fahrtrichtung zweiseitig machen, dass wir den Platz, den wir haben, klug nutzen und deshalb das Tram durchziehen. Es gibt auch, meine ich, Haltestellen oder Orte, an denen das Überholen möglich wäre.

Ich glaube, wenn man Angst vor dem Stau hat und gegen das Tram ist, ist das genau der falsche Schluss. Denn ohne Tram wird man viel mehr Stau haben. Wir werden das Problem in Zukunft verschieben. Man wird sich wahrscheinlich in ein paar Jahren, wenn man das Trämli dann verhindert hätte, wünschen, dass man schon früher eines gebaut hätte. Wie es übrigens beim Bachgrabengebiet der Fall ist, dass es ein Gebiet ist, welches eigentlich als schlechtes Beispiel gebracht wird, wenn Experten über Entwicklungen sprechen. Dann wäre es doch jetzt wirklich gut, wir würden nicht denselben Fehler machen. Dass das Volk darüber entscheidet, ist richtig, das finde ich auch richtig. Trotzdem sollen sich die Parteien hier doch äussern und Argumente austauschen.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Kurz Matthias Häuptli und dann Niggi Morat und dann ... – ah, also Niggi Morat, bitte!

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Danke schön. Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte schnell zwei Dinge sagen, die zuvor erwähnt wurden. Es wurde zuvor Stau beschrieben. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es um den Stau entlang der Linie 6. Dort haben wir ein Trämli, älter als alle Leute, die hier sitzen. Ich glaube, dort haben wir nicht Stau, wegen des Trams, sondern trotz des Trams. Ich vermute mal, in der Binningerstrasse, in der wir jetzt noch kein Tram haben, werden wir Stau auch ohne Tram haben. Die Kantonsplaner haben gesagt, zwischen 600 und 800 Autofahrten pro Tag mehr auf der Binningerstrasse. Ihr könnt euch ungefähr ausrechnen, dass es vielleicht ein wenig Entlastung benötigt, was das Tram dann wäre.

Das Zweite, was ich sagen möchte: Stephan Wolf hat zuvor erwähnt, der 8er kehre schon auf halber Strecke. Was ist die halbe Strecke vom 8er? Also der 8er, wenn er die ganze Strecke fährt, beginnt er in Deutschland, und würde dann entweder bis Neuweilerstrasse oder halt bis Gartenhof fahren. Wir können nicht halbe Strecke sagen und einfach nur die Binningerstrasse meinen. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Nico Jonasch zum Zweiten.

**Nico Jonasch**, FDP-Fraktion: Ja, geschätzter Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen. Lucca, danke für das, was du zuvor gesagt hast. Ich möchte aber an dieser Stelle einfach noch klarstellen: Wir haben nicht vom Stau gesprochen. Simon hat vom Stau gesprochen, und Henry. Ich habe keine Angst vor dem Stau. Einfach, damit es klargestellt ist. Mir ist bewusst, wenn wir das Gebiet entwickeln, wird es mehr Verkehr geben. Das ist mir vollkommen klar, das ist uns allen klar. Aber wir haben keine Angst davor.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Jetzt kommt Matthias Häuptli und dann Corinne Probst.

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Es ist gut, dass wir jetzt mal über die Sache sprechen, nachdem wir so viel über Vorgaben, Prozeduren gesprochen haben. Das Tramprojekt ist wichtig für die Entwicklung, wenn man dort eine qualitätsvolle Entwicklung haben will und nicht nur Stau. Das Tram ist nicht die Ursache des Staus. Ich verstehe jeden, der sich nervt, wenn er hinter dem Tram steht. Das mache ich auch, egal ob ich im Auto oder auf dem Velo unterwegs bin. Man nervt sich, wenn man dahinter warten muss. Klar. Aber objektiv ist das nicht ein Stau, sondern es ist einfach eine Wartezeit. Stau ist dann, wenn man zu viel Verkehr hat, der in einer gewissen Zeit an beliebiger Stelle durchfahren kann. Das hat mit Warten hinter dem Tram nichts zu tun.

Ganz objektiv betrachtet befördert ein Tram einfach viel mehr Leute, als auf derselben Fläche oder in derselben Länge mit jedem anderen Verkehrsmittel befördert werden könnten, auch mit dem Bus. Es muss doch auch im Interesse derer liegen, die mit einem Auto unterwegs sind oder sogar sein müssen, dass möglichst viele Leute den öV benutzen und damit die Strassen für jene, die tatsächlich auch darauf angewiesen sind, freihalten. Wenn wir wollen, dass es attraktiv genug ist, braucht es eine gute Anbindung. Und in Gottes Namen ist nun mal ein Tram, hauptsächlich eines, das auch direkt in die

Stadt fährt, einfach attraktiver, als wenn man dann an der Neuweilerstrasse in den Bus umsteigen muss, das ist in Gottes Namen so. Man kann mehr Leute damit befördern, die Betriebskosten sind auch entsprechend tiefer, weil man nicht dermassen viele Kurse fahren lassen muss wie mit einem Bus. Natürlich sind die Investitionen hoch, aber diese amortisieren sich dann in einem gewissen Mass auch über die Zeit mit den Betriebskosten. Deshalb ist es dort eine sinnvolle Sache.

Und jetzt zum Thema: Es bleibe auf halber Höhe stehen. Das befriedigt niemanden, ja, das ist so. Natürlich hätten wir alle lieber, dass das Tram bis ins Dorf gezogen werden könnte. Wir wissen aber auch alle, welche verkorkste Situation dort herrscht. Wir bringen es nicht fertig, eine etwas vernünftige, bessere Lösung für den Dorfplatz hinzubekommen. Es gab Planungen, die gescheitert, stossen nicht auf Zustimmung, sind für niemanden befriedigend. Der Kanton hat es versucht. Dort eine zweite Linie hineinzubringen, geht auch nicht, eine Schlaufe machen in Verbindung mit dem 6er über die Binningerstrasse. Das sind alles Ideen, die nachvollziehbar, aber technisch nachher nicht umsetzbar sind. Das muss man nun einfach zur Kenntnis nehmen, dass halt die nicht wahnsinnig beliebte Schlaufe beim Gartenhof nicht die schöne Lösung ist, die man gerne hätte, aber mindestens eine machbare. Politik ist am Schluss die Kunst des Machbaren. Diesen Weg müssen wir nun halt auch gehen. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Es ist wirklich sehr interessant, die verschiedenen Meinungen zu hören. Gleichwohl möchte ich beliebt machen, dass wir eigentlich wieder auf das, was unsere Aufgabe heute Abend ist, zurückkommen, denn, wenn ich richtig informiert bin, können wir hier im Einwohnerrat nicht darüber entscheiden, ob das Tram kommt oder nicht kommt, so fabelhaft wir es finden oder so blöd wir es finden. Sondern, wir können heute lediglich darüber abstimmen, ob wir das Teilzonenplanreglement so annehmen oder nicht annehmen. Ich schlage vor, wir können sehr gerne mal ein überparteiliches Podiumsgespräch oder eine Podiumsdiskussion durchführen. Das wäre sicher sehr interessant. Da kann sich auch jede Partei sich so darstellen, wie sie gerne möchte. Aber ich glaube, das ist jetzt hier heute Abend an dieser Sitzung nicht der richtige Ort. Danke.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Stephan Wolf, zum Zweiten!

**Stephan Wolf**, Die Mitte-Fraktion: Danke vielmals. Nur kurz. Niggi Morat, also wenn ich gesagt habe, *auf halber Strecke stehen bleiben*, habe ich das natürlich redensartlich und nicht mathematisch gemeint. Ich habe nicht mit dem Messband ausgemessen, wie lang die Binningerstrasse ist oder wie lang die Strecke gar von Weil am Rhein bis zum Gartenhof ist und dann durch zwei geteilt. Das habe ich bestimmt nicht gemacht. Im Übrigen unterstütze ich auch gerne das Votum meiner Vorrednerin, von Corinne Probst. Wir diskutieren heute nämlich an und für sich nicht über das Tram, sondern über den Antrag, welcher der Gemeinderat stellte, nämlich, dass wir die Tramschlaufe gewissermassen aus dem Zonenplan herausnehmen und dann ohne die Tramschlaufe über den Zonenplan abstimmen. Dann hat der Landrat auch das Signal, was man bereits in der Presse nachlesen konnte, welches er von der Gemeinde Allschwil gerne hätte. Dann kann der Landrat auch entscheiden, wie es mit dem Tram weitergehen soll.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen. Jetzt muss man über den Antrag des Gemeinderats abstimmen.

**Mehmet Can**, Präsident: Ja, bitte, Franz Vogt, noch einmal kurz!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Also, ich kann noch einmal den Antrag des Gemeinderats erläutern. Der Antrag wäre: den Art. 32 so, wie es die KBU vorgeschlagen hatte, stehen lassen. Wir würden, wie ich es zuvor erwähnte, eine Umfrage, die ja beim nächsten Traktandum quasi gefordert ist, vorziehen. Denn da könnte man nur über die Tramschlaufe abstimmen, und nicht wirklich über das Tram. Das ist eigentlich der Grund, weshalb wir beantragen, den Artikel hier in der Version der KBU, um es noch einmal klar zu sagen, als Art. 32 darin zu belassen.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Franz Vogt, Entschuldigung. Habe ich das missverstanden? Ich glaube, zuvor war es umgekehrt, oder bin ich falsch? Herr Matthias Häuptli, vielleicht können Sie uns aufklären?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Vielleicht habe ich mich unklar ausgedrückt. Den Art. 32 drinlassen, wie ihn der Gemeinderat eigentlich wollte, aber im Wortlaut der KBU. Ich entschuldige mich gerne dafür, dass ich es zuvor etwas unklar formuliert habe. Aber: Art. 32 stehen lassen, im Wortlaut der KBU. *[Stimmen im Hintergrund]*

**Mehmet Can**, Präsident: Matthias Häuptli will noch kurz etwas sagen?

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Ich glaube, das Missverständnis ist deshalb: Im Beschlussantrag A ist Art. 32 draussen. So wie ich es verstehe, will der Gemeinderat den Art. 32 wieder aufnehmen, jetzt aber gerade schon so, wie er im Antrag B der KBU enthalten ist.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Ueli Keller!

**Ueli Keller**, parteilos: Danke schön. Also, der springende Punkt ist ja, dass in diesem Art. 32 die Tramgeschichte versteckt ist, nicht versteckt drin ist. Dies ist ja das Kopfstück, eines der wichtigen Stücke dieses Teilzonenplans. Ich wäre schon froh, man hätte den Antrag der KBU, der nun den Art. 32 vom Gemeinderat ersetzt, oder so wie er im Teilzonenplan enthalten war, ersetzen, dass man ihn auch im Wortlaut hätte, um abzustimmen. Sonst ist mir nicht wirklich wohl.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Sehr geehrter Rat, sehr geehrte Anwesende. Ich möchte Ueli Keller unterstützen. Wir können hier nicht über einen Antrag, den wir nicht zuvor schriftlich haben, abstimmen. Wir benötigen ihn in einer lesbaren Form, damit wir darüber abstimmen können. Sonst lassen wir es lieber, ja. Sonst ist es klar. Danke schön. – Sorry, grundsätzlich bearbeiten wir die KBU-Version und nicht eine ehemalige Gemeinderatsversion. D. h., wir müssten jetzt diesen Antrag vor uns liegen haben, um darüber abstimmen zu können.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Der ist ja formuliert im 3773 A, Teilzonenreglement Binningerstrasse, Teil B, von der KBU. Wir würden diese Version ... Im Teil A ist doch der Art. 32 leer. Wir hätten ihn gerne hier drin. Deshalb war ich zuvor auch zu spät, weil Art. 32 gar nicht erwähnt wurde, weil er ja nicht in der Version drin ist, über die wir jetzt befinden.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Romina Stefanizzi!

**Romina Stefanizzi**, SVP-Fraktion: Danke schön vielmals. Kann man es nicht einfach so lassen, dass der Gemeinderat seine Version hat und diese können wir dann von mir aus ablehnen? Und dann auch noch einmal jene von der KBU, die wir annehmen können? Das ist mir eigentlich Wurst, aber nicht jetzt zwei Dinge miteinander mischen, denn wir verstehen langsam nichts mehr. Also ich habe den Faden verloren.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Die Version, die wir hier lesen, ist die Version der KBU, und das ist die, welche zur Abstimmung steht. Dort fehlt der **Art. 32**. Der **Antrag ist, ihn wieder aufzunehmen**. Und über diesen Antrag sollten wir jetzt abstimmen. Okay?

Henry Vogt, es tut mir leid, zweimal! Wir sind in dem Artikel, jeder Einwohnerrat darf zweimal dazu sprechen, bitte.

*[Stimmen im Hintergrund]*

**Mehmet Can**, Präsident: Ich würde nun auch vorschlagen, dass wir jetzt abstimmen. Also, der **Antrag des Gemeinderats** ist, Herr Franz Vogt, ich hoffe, ich liege richtig,

**Art. 32 zu belassen, aber mit dem Wortlaut der KBU.**

Ist das richtig?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Das ist korrekt.

**Mehmet Can**, Präsident: Das ist der Antrag des Gemeinderats. Wer diesem Antrag folgen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. **Antrag des Gemeinderats: Artikel 32**, – Entschuldigung, Matthias Häuptli will noch kurz etwas sagen.

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Also ich glaube, es ist Verwirrung entstanden, weil der Gemeinderat gesagt hat: *in der Version der KBU*. Nun ist es aber so, der Artikel 32, den Sie in grüner Farbe im Beschlussantrag B sehen, ist genau derselbe, wie die ursprüngliche Gemeinderatsversion. Da haben wir nichts geändert. Der Antrag müsste eigentlich sein, einfach *den ursprünglichen Text von Art. 32 wieder aufzunehmen*, damit eben diese Variantenabstimmung nicht stattfindet, genau, damit bereits im Beschlussantrag A der Art. 32 enthalten ist. Damit würde dann der zusätzliche Antrag B faktisch hinfällig. Das ist der Antrag des Gemeinderats, so, wie ich ihn verstehe.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Philipp Reck! Danach würde ich gerne abstimmen, wenn es okay ist.

**Philipp Reck**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat, geschätzte Anwesende. Einfach für mein Verständnis. Wenn ich die Version der KBU will, dann lehne ich den Antrag des Gemeinderats ab? Ist das richtig? Danke vielmals!

**Mehmet Can**, Präsident: So, dann würde ich jetzt gerne mal **abstimmen**. Wer dem **Antrag des Gemeinderats** folgen will, soll jetzt bitte abstimmen. [*Stimmen und Gelächter im Hintergrund*] War das Ja oder Nein? Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

**://**:

Sie haben den **Antrag des Gemeinderats** mit 29 Nein, 1 Ja und 3 Enthaltungen **abgelehnt**.

**Alfred Rellstab**, 2. Vizepräsident: Gehen wir zurück auf

### **3.3 Gewerbezone**

keine Wortmeldung

Art. 33 Gewerbezone Ziegelei Letten und Stockbrunnenrain Seite 47

keine Wortmeldung

### **3.4 Zone für öffentliche Werke und Anlagen** Seite 48

keine Wortmeldung

Art. 34 Zone für öffentliche Werke und Anlagen Seite 49

keine Wortmeldung

### **3.5 Grünzone** Seite 49

keine Wortmeldung

Art. 35 Grünzone Seite 49

keine Wortmeldung

### **3.6 Gefahrenzonen** Seite 50

keine Wortmeldung

Art. 36 Gefahrenzone allgemein Seite 50

keine Wortmeldung

Art. 37 Gefahrenzone Überschwemmung Seite 50

keine Wortmeldung

Art. 38 Gefahrenzone Rutschung Seite 51

keine Wortmeldung

**3.7 Überlagerte Zonen und Festlegungen** Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 39 Vorplatzbereiche Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 40 Vorbereiche Lettenweg Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 41 Schutzbepflanzung Seite 52

keine Wortmeldung

Art. 42 Baumreihe / Allee Seite 53

keine Wortmeldung

**3.8 Erschliessung, Mobilität und Durchwegung** Seite 53

keine Wortmeldung

Art. 43 Abstellplätze für Velos und Personenwagen Seite 53

keine Wortmeldung

Art. 44 Anordnung von Anlieferungen zu den Gewerbenutzungen Seite 54

keine Wortmeldung

**3.9 Weitere Festlegungen** Seite 54

keine Wortmeldung

Art. 45 Objekte unter kommunalem Schutz Seite 54

keine Wortmeldung

Art. 45a Ortsbildschutzzone Seite 54

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Geschätzter Rat. Der Gemeinderat würde Ihnen empfehlen, diesen Artikel nicht aufzunehmen, weil, wenn man diese zwei Häuser, die gemeint sind, Binningerstrasse 167 und 169, wirklich unter Schutz stellen möchte, man dies besser als Einzelobjekte machen würde. Wir empfehlen, das gar nicht zu machen, diesen **Artikel 45a nicht aufzunehmen**.

**Mehmet Can**, Präsident: Dann würde ich doch gleich zum Antrag kommen, wenn es okay ist, wenn es keine Wortmeldungen gibt? Philipp Reck!

**Philipp Reck**, SVP-Fraktion: Geschätzter Präsident, geschätzter Rat, geschätzte Anwesende. Darf man auch den Grund dazu erfahren, weshalb ihr es nicht empfiehlt?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Wir erachten diese zwei Gebäude nicht als schutzwürdig. Deshalb waren sie auch in unserer Version nicht drin.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Einfach nur, damit wir nicht wieder das Chaos haben: Der Gemeinderat beantragt die Streichung von Art. 45a, Ortsbildschutzzone, würde ich sagen. Danke schön.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Korrekt.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich möchte etwas dazu sagen, weshalb man ebendieses Gebäude in die Ortsbildschutzzone nehmen soll, und nicht allenfalls, wie der Gemeinderat im Prinzip sagt, wenn man es dann überhaupt schützen möchte, was er aber gar nicht will, als Objekt schützen. Das wurde diskutiert. Ich habe es im Nachgang auch noch einmal mit Vertretern der Verwaltung diskutiert. Es ist so ein wenig ein Grenzfall. Denn normalerweise sind Ortsbildschutzzonen schon eigentlich eher grössere Ensembles. In diesem Fall ist es so, dass die ganze Bebauung auf dieser Seite der Binningerstrasse an sich nicht ISOS verzeichnet ist. Aber, diese Gebäude mögen so im Ortsbild eine gewisse Charakteristik haben, sind aber eigentlich in diesem Erscheinungsbild, welches sie tatsächlich so weitgehend haben, wäre es unverhältnismässig, sie irgendwie schützen zu wollen und in eine Ortsbildschutzzone oder Schonzone zu legen. Sie sind deshalb auch nicht zum Schutz vorgesehen. Sondern da hat man mit einem anderen Mittel versucht, den Charakter der Bebauung zu erhalten, nämlich mit den vorgesehenen Baulinien. Also, es geht immer um die geschlossene Bebauung entlang der Binningerstrasse. Die relativ alten Häuser, die sozusagen dann anschliessen an ... oder den Abschluss Richtung Allschwil Dorf mit der heutigen Rossmetzgerei finden.

Dort schützt man das Ortsbild sozusagen mit einem anderen Instrument. Nämlich indem man die Baulinie so festlegt, dass weiterhin an die Strasse gebaut wird, aber die Bauvorschriften so sind, dass dort künftig auch aufgestockt werden kann oder Ersatzneubauten vorgenommen werden können. Das ist dort gewissermassen die Umsetzung vom ISOS. Dann haben wir daran anschliessend eben das charakteristische Gebäude, welches auch eine gewisse bauliche Qualität hat. Wir fanden, es rechtfertigt sich nicht, das Gebäude unter den strengeren Objektschutz, also kommunalen Denkmalschutz, zu stellen. Dafür hat es die quasi herausragende Bedeutung nicht. Aber im Ortsbild ist es doch sehr charakteristisch. Es ist auch ein gewisses Ensemble mit den weiter vorn gegenüberliegenden Pförtnerhäusern, da kommt nämlich dieser Sichtbackstein, den man im Sinn auch der Referenz zur Ziegelei angewandt und den betreffenden Bau auch relativ schön gestaltet hat. Deshalb halten wir dort den

Ortsbildschutz für angemessen. Wir möchten keinen Objektschutz, das wäre für die Eigentümer zu einschneidend. Wir möchten aber auch nicht auf den Ortsbildschutz verzichten. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren Wortmeldungen. Damit kommen wir zum Antrag.

**Mehmet Can**, Präsident: Dann würde ich gleich zum Antrag gehen. Herr Franz Vogt, Sie beantragen, Artikel 45a zu streichen? Ist das korrekt?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Das ist korrekt.

**Mehmet Can**, Präsident: Entsprechend stimmen wir ab. Wer dem **Antrag von Franz Vogt** folgen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

**://:**

Sie haben den **Antrag** des Gemeindepräsidenten, Franz Vogt, mit 29 Nein, 0 Ja und 4 Enthaltungen **abgelehnt**.

Danke schön, machen wir weiter.

#### **4. SONDERNUTZUNGSPLANUNGEN** Seite 56

keine Wortmeldung

##### **4.1 Quartierplanung** Seite 56

keine Wortmeldung

##### Art. 46 Quartierplanungen Seite 56

keine Wortmeldung

##### Art. 47 Zonen mit Quartierplanpflicht (ZQP) Seite 59

keine Wortmeldung

##### Art. 48 ZQP-Areal «Ziegelei Ost» Seite 59

keine Wortmeldung

##### Art. 49 ZQP-Areal «Stockbrunnenrain Nord» Seite 61

keine Wortmeldung

##### Art. 50 ZQP-Areal «Bodenschatz» Seite 62

keine Wortmeldung

##### **4.2 Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan** Seite 63

keine Wortmeldung

Art. 51 Ausnahmeüberbauung nach einheitlichem Plan Seite 63

keine Wortmeldung

**5. VOLLZUGSBESTIMMUNGEN** Seite 65

keine Wortmeldung

Art. 52 Beratende Kommission – Bauausschuss Seite 65

keine Wortmeldung

Art. 53 Vollzugsbehörde Seite 65

keine Wortmeldung

Art. 54 Delegationen Seite 66

keine Wortmeldung

Art. 55 Besitzstandsgarantie für zonenfremde Bauten und Anlagen Seite 66

keine Wortmeldung

Art. 56 Ausnahmen allgemeiner Art Seite 66

keine Wortmeldung

**6. SCHLUSSBESTIMMUNGEN** Seite 68

keine Wortmeldung

Art. 57 Inkrafttreten und Genehmigung Seite 68

keine Wortmeldung

ANHANG

Teilzonenplan Teil A Seite 70

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Franz Vogt!

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Dazu hätte ich noch etwas, wie in der 1. Lesung angekündigt. Es ist da ein kleiner Fehler vorhanden. Bei den Pförtnerhäusern wäre die Schraffierung, die auf das ganze Gebäude, also auch auf den Schopf geht, zu verkleinern. Wir versuchen, es gleich aufzuzeigen. Ich habe es hier bereits in der 1. Lesung gezeigt. Dort, wo der Pfeil ist, sieht man das, was dicker schraffiert ist. Das wäre korrekterweise die Schraffur, die den Schutz bedeuten würde. Und das, was weniger, also normal schraffiert ist, ist zu gross. Der **Antrag** ist, es **auf die dicke Schraffur zu reduzieren**, da es eigentlich ein schützenswertes Gebäude ist.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Also das ist ...

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Noch einmal: Das ist eine Vergrößerung des Zonenplans. Ich habe es ... wir haben es bereits in der 1. Lesung behandelt, dass man diesen Teil auf diese Schraffur, die fett ist, verkleinern würde. Leider habe ich es nicht in Papierform, es tut mir leid.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Vogt, Entschuldigung, das dient nur zu informativen Zwecken, nicht wahr?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Nein, es müsste so beschlossen werden, dass die Schraffur so reduziert wird.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Matthias Häuptli will noch etwas sagen?

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich kann nicht wahnsinnig viel dazu sagen, weil der Antrag bekanntlich in der KBU so nicht behandelt wurde. Tatsächlich, also die Schraffuren, die unterschiedlich sind, sind bereits so im Plan ersichtlich. Das ist offensichtlich ein Versehen, das beim Plan passiert ist. Die Meinung war bestimmt immer, dass es wirklich die zwei Pfortnerhäuser sind, die Sichtbacksteinbauten sind. Und der anschliessende, lange Schopf ist in diesem Sinn nicht erhaltenswert. Ich meine, dass im Projekt, mindestens in den Visualisierungen des Kantons, er erhalten wird, gewissermassen einfach als Unterstand, dass man die Seitenwände wegnimmt und einfach die Stützen und das Dach belässt, damit man in diesem Grünraum, den es dort im Zusammenhang mit dem Tramprojekt geben soll, sozusagen einen Unterstand hat. Das soll aber nicht Gegenstand des Teilzonenplans sein.

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Aber, der Antrag ist, die Schraffur, die versehentlich angebracht wurde, auf den fetten Teil zu reduzieren.

**Mehmet Can**, Präsident: Herr Franz Vogt, ich fasse es kurz schnell zusammen: Der **Antrag des Gemeinderats** ist, dass der **Plan auf die Pfortnerhäuser angepasst** wird? Ist das korrekt?

**Franz Vogt**, Gemeindepräsident: Das ist korrekt.

**Mehmet Can**, Präsident: Entsprechend stimmen wir jetzt gleich über den Antrag des Gemeinderatspräsidenten, Franz Vogt, ab. Wer dem Antrag folgen will, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Somit wurde der **Antrag einstimmig angenommen**.

Ich würde sogleich zum Teil B gehen. Und zwar ist das das Teilzonenreglement, Teilzonenplan Binningerstrasse. Und zwar ist es das KBU-**Teilzonenreglement, ergänzende Bestimmungen, Teil B**. Entsprechend bitte den 2. Vizepräsidenten noch einmal durch die Einleitung zu gehen.

## **1. EINLEITUNG** Seite 7

keine Wortmeldung

## **2. ALLGEMEINE VORSCHRIFTEN** Seite 8

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Laura Neuhaus!

**Laura Neuhaus**, FDP-Fraktion: Ich würde mal den **Ordnungsantrag auf Sitzungsabbruch** in den Raum stellen. Weil es nun doch langsam gegen zehn Uhr geht und wir wahrscheinlich nicht mit dem Ganzen fertig werden.

**Mehmet Can**, Präsident: Darf ich vielleicht gleich meine Kompetenz überschreiten und bitten, dass wir es fertigstellen? Es ist wirklich nicht mehr viel. Es geht vielleicht noch sieben Minuten, wenn wir gut sind. Entsprechend haben wir das Geschäft auch abgeschlossen. Das wäre meine Bitte an den Rat. Aber den Antrag, Laura, abstimmen lassen?

**Laura Neuhaus**, FDP-Fraktion: Ich ziehe ihn in diesem Fall zurück.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön.

### **3. ZONENSPEZIFISCHE BESTIMMUNGEN** Seite 9

keine Wortmeldung

#### Art. 25 Nutzungszonenvorschriften Seite 9

keine Wortmeldung

#### Art. 32 Zentrumszone Gartenhof Seite 11

keine Wortmeldung

### **4. SONDERNUTZUNGSPLANUNGEN** Seite 13

keine Wortmeldung

### **5. VOLLZUGSBESTIMMUNGEN** Seite 14

keine Wortmeldung

### **6. SCHLUSSBESTIMMUNGEN** Seite 15

keine Wortmeldung

**Alfred Reilstab**, 2. Vizepräsident: Das wäre es gewesen vom Teilzonenplan, Änderungsplan B.

**Mehmet Can**, Präsident: Besten Dank. In diesem Fall wäre ... Entschuldigung, Matthias Häuptli möchte noch etwas sagen.

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Mir ist gerade eben noch etwas eingefallen. Ich muss leider einen **Rückkommensantrag** stellen. [*Gelächter*] Und zwar aus einer redaktionellen Geschichte heraus. Im Artikel 25 der Version A, darauf wurde ich nachträglich aufmerksam gemacht, gibt es ein paar Dinge, die hereingerutscht sind, irgendwie, weil sie in der Vorlage mit verborgenem Text markiert waren und dann beim Copy-Paste hineingelangen. Und zwar müssten sie wieder raus. Oder man müsste einfach mindestens zu Protokoll geben, dass es nie beabsichtigt war, die betreffenden Spalten zu ändern, weil sie nämlich auch nicht grün markiert sind. Und zwar betrifft es die Gewerbezone Ziegelei GZ 15, GL 20, GS 15 und GS 20 jeweils bei der maximalen Ausnutzungsziffer. Und bei der minimalen Grünziffer sind jeweils ... steht nicht nur das, was hätte drinstehen müssen, sondern darüber steht über der Ausnutzungsziffer „frei“ und bei der Grünziffer stehen auch noch 10 statt 15 drin. Also, es steht immer beides, es ist niemandem aufgefallen, dass dort zwei widersprüchliche Angaben drin sind.

Aber, ich weiss nicht, wie wir es machen wollen. Mein Antrag wäre, entweder darauf zurückzukommen, oder einfach zu Protokoll zu nehmen, dass da kein Änderungsantrag der KBU gegenüber der Gemeinderatsvorlage beabsichtigt war.

**Mehmet Can**, Präsident: Dann stimmen wir zuerst einmal über den Rückkommensantrag ab. Wer dem Antrag so folgen will, soll jetzt bitte abstimmen.

**://**

Ich sehe, es ist **einstimmig**.

Nun kommen wir zum Antrag von Matthias Häuptli. Vielleicht noch einmal kurz erläutern?

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Also, der **Antrag** wäre, dass der Wortlaut der

**Nutzungszonenvorschriften in Art. 25**, die Spalten betreffend

Gewerbezone Ziegelei GZ 15,

Gewerbezone Letten GL 20,

Gewerbezone Stockbrunnenrain GS 15 und

Gewerbezone Stockbrunnenrain GS 20

dass diese vier Spalten alle **dem Wortlaut entsprechen sollen, wie es der Gemeinderat ursprünglich beantragt hatte**.

Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Wer dem Antrag von Matthias Häuptli folgen will, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmzählerinnen bitte zu mir.

**://**:

Sie haben diesem **Antrag** mit 31 Ja und 1 Enthaltung **zugestimmt**.

So, jetzt kommen wir zu den Anträgen – Entschuldigung. Ich stelle fest, dass die **Beratungen und die 2. Lesung** somit **abgeschlossen** sind.

Jetzt kommen wir zu den **Anträgen der Kommission für Bauwesen und Umwelt**. – Entschuldigung, Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Ich **stelle** keinen Ordnungsantrag. Aber einen neuen Antrag, besser gesagt einen **Ergänzungsantrag zum Geschäft**. Er sollte da oben vorliegen. Darauf seht ihr den **neuen Antrag 6**, dass die aktuell nicht traktandierten Quartierpläne an der Binningerstrasse, sowie das Abstellplatzreglement der Gemeinde Allschwil – darüber haben wir zuvor gesprochen – erst nach der Durchführung des obligatorischen Referendums gemäss Antrag 5 der KBU dem Einwohnerrat sollten traktandiert werden dürfen. Dies ist der **Antrag von FDP, SVP und Die Mitte**.

**Mehmet Can**, Präsident: Danke schön. Wir kommen sogleich zu den **Anträgen der KBU**:

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen die Kommission für Bauwesen und Umwelt zu beschliessen:

1. *Das Teilzonenreglement und der Teilzonenplan Binningerstrasse werden gutgeheissen und dem Regierungsrat Basel-Landschaft zur Genehmigung vorgelegt.*

Wer diesem Antrag folgen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen.

**://**:

Ist es **einstimmig** mit einer Enthaltung? Danke schön!

2. *Folgende Dokumente werden als Genehmigungsinhalt beschlossen:*

- Teilzonenplan Binningerstrasse 1:2'500 (Teil A)
- Teilzonenreglement Binningerstrasse (Version A)
- Planungsbericht nach Art. 47 RPV
- Mutationsplan Baulinien 1:2'000
- Zonenplan Naturgefahren Teilplan 1:4000

Wer diesem Antrag folgen will, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://**:

Damit ist das **einstimmig** mit einer Enthaltung.

3. *Folgende orientierende Grundlagen, welche Bestandteile des Genehmigungsinhalts sind, werden zur Kenntnis genommen.*

- *Mitwirkungsbericht*
- *Masterplan Binningerstrasse*
- *Hinweisinventar Nachkriegsarchitektur Gemeinde Allschwil von 2022*
- *Hochhauskonzept, Juni 2024*
- *Liste geeigneter Baumarten, Januar 2025*
- *Stellungnahme Gemeinde zur kantonalen Vorprüfung*
- *Bericht Kantonale Vorprüfung*

Wer diesem Antrag so zustimmen will, soll bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Somit **einstimmig** mit einer Enthaltung.

4. *In Ergänzung zu Ziff. 2 werden folgende Dokumente als Genehmigungsinhalt beschlossen:*

- *Änderungsplan B zum Teilzonenplan Binningerstrasse 1:2'500*
- *Ergänzende Bestimmungen (Art. 25 und 32) im Teilzonenreglement Binningerstrasse (Teil B)*

Wer diesem Antrag so folgen will, bitte jetzt abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

Somit ist es **einstimmig** mit einer Enthaltung.

5. *Ziff. 4 wird dem obligatorischen Referendum unterstellt und tritt nur in Kraft, wenn die Beschlüsse gemäss Ziff. 1 bis 3 in Kraft treten.*

Wer diesem Antrag folgen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen!

**://:**

**Einstimmig** mit zwei Enthaltungen!

**Mehmet Can**, Präsident: Nun kommen wir zum Antrag von Henry Vogt, und zwar ist es ein

**Antrag von der FDP-Fraktion, Die Mitte und SVP-Fraktion.**

*Die aktuell nicht traktandierten Quartierpläne an der Binningerstrasse, sowie das Abstellplatzreglement der Gemeinde Allschwil können erst nach der Durchführung des obligatorischen Referendums gemäss Antrag 5 der KBU dem Einwohnerrat traktandiert werden.*

Wer diesem Antrag so folgen möchte ... – Entschuldigung, Herr Mark Aellen!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Es tut mir leid, aber das ist ein Antrag, den wir nicht beraten haben – wie können wir darüber abstimmen? Denn ich habe dazu einen Einwand. Das ist ein Eingriff in die Aufgabe des Einwohnerratsbüro. Das Büro stellt die Traktandenliste zusammen. Das ist kein Antrag an den Teilzonenplan. Überhaupt nicht. Ich sehe nicht ein, weshalb wir hier darüber abstimmen. Wir haben nicht einmal die Kompetenz, dies zu verlangen. Es ist das Büro, welches es festlegt.

**Mehmet Can**, Präsident: Dann bitte ich kurz um zwei Minuten für eine Rücksprache.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Also, liebe Einwohnerräte. Wir haben dies im Büro besprochen. Es ist uns klar, in Anerkennung dessen, was Mark Aellen gesagt hat, dass es kein absolut rechtlich bindender Antrag ist, den wir hier behandeln können. Trotzdem würden wir den Antrag jetzt beraten, dann zur Abstimmung bringen, und wir im Büro würden den Ausdruck des politischen Willens des Einwohnerrats dann akzeptieren und dementsprechend die Traktandierung der nächsten Quartierpläne hinfertigen, wenn es durch die Abstimmung durch die Mehrheit des Einwohnerrats so gewünscht ist. Deshalb schlage ich vor, wir machen nun die Beratung des Antrags und dann kommen wir zum Antrag selbst. Henry Vogt!

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Wie soll ich einen Antrag neu traktandieren, es ist ja kein neues Geschäft, welches ich mache?

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: ... Der Antrag ...

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: ... Entschuldigung, man kann ihn neu auf die nächste Einwohnerratssitzung traktandieren ...

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: ... Der Antrag ist nicht ...

**Henry Vogt**, SVP-Fraktion: ... Ihr habt es besprochen, ihr habt es im Büro besprochen. Dort habt ihr es schriftlich, also ist es ein Antrag, der einfach gültig ist, den man hier sieht. Wir können es gerne beraten, aber wo soll ich ... es ist doch ein neues Geschäft, dass ich es an der nächsten Einwohnerratssitzung traktandieren lasse. ... So etwas habe ich noch nie gehört.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: ... Nein, Henry, hör doch mal zu. Wir traktandieren nicht den Antrag. Wir traktandieren – also, wir akzeptieren dann den Willen, der durch die Abstimmung über diesen Antrag heute Abend geschieht. Das würde bedeuten, dass das, was damit gemeint ist, nämlich dass zuerst die Durchführung des obligatorischen Referendums geschieht und dann die Quartierpläne, die aktuell nicht traktandierten Quartierpläne an der Binneringerstrasse, erst dann traktandiert werden. Okay? Also so, wie der Antrag gewollt ist. Jetzt bitte allgemeine Beratung, wenn gewünscht. – Matthieu Dobler, sorry!

**Matthieu Dobler Paganoni**, SP-Fraktion: Geschätzte Anwesende. Ich schliesse mich Mark Aellen an. Ich frage mich, wäre es nicht der korrekte Weg oder wäre es ein gangbarer Weg, dass, wenn die Traktandenliste zusammengestellt wird, vom Einwohnerrat der nächsten Sitzung, und man in dieser Reihenfolge gerade nicht einverstanden ist, dass etwas traktandiert ist, man dann den Antrag auf Absetzung des Traktandums stellt? Das wäre ja eine Möglichkeit. Der Antrag dann so formal, scheint mir, wäre es korrekter, als jetzt hier zu bringen, da er eigentlich mit diesem Geschäft nichts zu tun hat.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Matthias Häuptli!

**Matthias Häuptli**, KBU-Präsident: Herr Präsident, geschätzte Anwesende. Einfach, wenn man sich klar ist, welche Konsequenzen der Antrag hat und welche nicht. Wir haben im Moment keine solche Quartierpläne in der Beratung der KBU. Dem Vernehmen nach kommen sie nun auch nicht sofort. Es sind einige in Arbeit. Wenn man diesem Antrag zustimmt, dann wird es sicher nicht eine wahnsinnig lange Verzögerung geben, gesetzt der Fall, dass wir es schaffen, die Abstimmung auf den Herbst hinzubekommen. Das müsste meiner Meinung nach möglich sein, dass man bis dahin noch keine Quartierpläne traktandiert, scheint mir nun nicht eine wahnsinnig grosse Verzögerung zu bedeuten. Insofern spricht wahrscheinlich nichts dagegen, dass man es so macht, wenn das der politische Wunsch einer Mehrheit ist. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Christian Jucker!

**Christian Jucker**, EVP/GLP/Grüne-Fraktion: Wir haben es in der Fraktion auch diskutiert und sehen es auch als Ausdruck eines politischen Willens, wie in Zukunft traktandiert wird. Ob das nun rechtlich bindend ist, ist für uns eine andere Diskussion. Wir möchten mit der Annahme dieses Antrags auch den politischen Willen der Antragsteller unterstützen und unterstützen es deshalb mehrheitlich. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Mark Aellen, bitte!

**Mark Aellen**, SP-Fraktion: Ich nehme zur Kenntnis, dass der Rat sich darum schert, was Gesetz ist und was uns verbindet. Regeln sind nicht wichtig, wir geben einfach unseren politischen Meinungen Ausdruck. Ich finde das gut zu wissen, und ich werde dementsprechend in der Zukunft auch reagieren. Danke schön.

**Mehmet Can**, Präsident: Darf ich schnell – Entschuldigung – Es wurde dem Büro übergeben, das Büro hat sich beraten und entsprechend hat das Büro auch Stellung genommen. Für das Protokoll. Danke schön.

**Tim Söllick**, 1. Vizepräsident: Keine weiteren ... - Corinne Probst!

**Corinne Probst**, Die Mitte-Fraktion: Ich möchte nur schnell etwas sagen. Es hat durchaus etwas mit diesem Geschäft zu tun. Vielleicht kommt es nicht klar rüber: Es ist als Ziffer 6 von dem, was wir zuvor beschlossen haben, zu verstehen. Als 6., nach 5., zu beschliessen. Deshalb heisst es ja: **Neuer Antrag 6**. Also wäre es in diesem Geschäft zu behandeln. Deshalb wurde es so eingegeben. Danke.

**Mehmet Can**, Präsident: Ich sehe, die Wortmeldungen sind erschöpft. Entsprechend würde ich jetzt gerne abstimmen, wenn es okay ist. Ich lese es noch einmal schnell:

6. *Die aktuell nicht traktandierten Quartierpläne an der Binningerstrasse sowie der Abstellplatzreglement der Gemeinde Allschwil können erst nach der Durchführung des obligatorischen Referendums gemäss Antrag 5 der KBU im Einwohnerrat traktandiert werden.*

Wer diesem Antrag folgen will, soll jetzt bitte abstimmen. Wer dagegen ist! Enthaltungen! Stimmentzählerinnen bitte zu mir.

**://**

Sie haben diesem **Antrag** mit 18 Ja, 12 Nein und 3 Enthaltungen **zugestimmt**.

Wir kommen zur **Schlussabstimmung** über das ganze **Geschäft 4773 A**. Wer das ganze Geschäft somit abschliessen will, soll bitte jetzt mit Ja abstimmen. Wer für nein ist! Enthaltungen! Danke.

**://**

Entsprechend haben wir grossmehrheitlich Ja, 1 Nein und 1 Enthaltung.  
Somit ist **das Geschäft abgeschlossen**.

Ich wünsche euch allen einen schönen Abend. Bis zum nächsten Mal!

ENDE DER SITZUNG 22.25 Uhr